

Leitantrag zum Landesparteitag 2010



*Leitantrag zum ordentlichen Landesparteitag am 26./27. Februar 2010*

***Entwurf des Programms der NRWSPD  
zur Landtagswahl am 9. Mai 2010***

**Inhalt**

	<b>Seite</b>
<b>Vorwort:    <i>Eine folgenreiche Weichenstellung</i></b>	<b>4</b>
<b>I        <i>Neue Perspektiven für die soziale Sicherheit in NRW</i></b>	<b>6</b>
<b>II       <i>Gute Arbeit für alle</i></b>	<b>14</b>
- <i>Gute Arbeit schaffen</i>	
- <i>Ausbildung und Qualifizierung für alle</i>	
- <i>Neue Arbeit durch Innovation</i>	
- <i>Personal- und Betriebsräte als Innovationsmanager stärken</i>	
- <i>Familiengerechte Arbeitsbedingungen fördern</i>	
<b>III       <i>Die Beste Bildung für alle</i></b>	<b>20</b>
- <i>Bildungsgerechtigkeit durch Gebührenfreiheit und höhere     Bildungsausgaben</i>	
- <i>Eine neue Schul- und Lernkultur</i>	
- <i>Bildung von Anfang an</i>	
- <i>Länger gemeinsam lernen</i>	
- <i>Die Gemeinschaftsschule: Schule der Zukunft</i>	
- <i>Schulen werden zu Häusern des Lernens und des Lebens</i>	
- <i>Abitur nach 12 und 13 Jahren</i>	
- <i>Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen</i>	
- <i>Inklusion als Ziel</i>	
- <i>Sofortprogramm für bessere Bildung</i>	
- <i>Gute Hochschulen</i>	
- <i>Weiterbildung gewährleisten</i>	
<b>IV       <i>Ökologisches Wachstum und Innovation</i></b>	<b>33</b>
- <i>Die Menschen stehen im Mittelpunkt unseres politischen Handelns</i>	
- <i>Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft</i>	
- <i>Fortschrittsmotor Klimaschutz</i>	
- <i>Leitmärkte für ökologische Industriepolitik</i>	
- <i>Sofortprogramm Klimaschutz</i>	
- <i>Innovative Politik für eine gute Zukunft</i>	
- <i>Mittelständische Unternehmen und Handwerk als Beschäftigungsmotor</i>	
- <i>Umwelt, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören für uns zusammen</i>	
- <i>NRW als Wasserland Nr. 1 stärken – Masterplan Wasser NRW umsetzen</i>	

- Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren*
- Den Tierschutz verbessern*
- Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und Rechte sichern*
- Verkehrspolitik*

**V      *Solidarische Gesellschaft*      55**

- Familie ist da, wo Kinder sind*
- Kinderarmut überwinden*
- Generationensolidarität stärken. Demografischen Wandel gestalten.*
- Das solidarische Gesundheitswesen sichern.*
- Politik für Menschen mit Behinderung.*
- Gleichberechtigt leben.*
- Integration voranbringen.*

**VI      *Eine gemeinsame Kultur*      67**

- Kulturelle Teilhabe für alle*
- Sicherung der finanziellen Grundlagen*
- Eine Kultur der Anerkennung*
- Sport ist Teil unserer Alltagskultur*
- Medienpolitik für die Demokratie*
- Digitale Teilhabe und Sicherheit*

**VII      *Demokratische Gesellschaft, starke Kommunen*      76**

- Kommunale Demokratie stärken*
- Kommunalfinanzen in Ordnung bringen*
- Eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik*
- Der Staat als Partner der Bürger*
- Wohnen braucht Sicherheit*
- Stadt und Land – Neue Allianz für die Zukunft*
- Bürgerschaftliches Engagement fördern*
- Gemeinsam gegen Rechts*
- Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen*
- Mitbestimmung stärken*
- In Sicherheit und Frieden leben*
- NRW im Bund, in Europa und der Einen Welt*

***Aufruf: Leistungsfähiger Staat, Politik für die Menschen*      96**

**1 Eine folgenreiche Weichenstellung**

2

3 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben dieses Land  
4 gemeinsam mit seinen Menschen über Jahrzehnte erfolgreich gestaltet.

5 Wir haben Ministerpräsidenten gestellt, deren menschliche Politik  
6 Nordrhein-Westfalen nachhaltig geprägt hat. Politikern wie Heinz Kühn  
7 und Johannes Rau haben die Menschen vertraut, weil sie den  
8 Menschen vertrauten. Sie haben unser Land zu einem Beispiel gelebter  
9 sozialer Demokratie gemacht.

10

11 Gemeinsam haben wir Sozialdemokraten und die Bürger unseres  
12 Landes den schwierigen Strukturwandel gemeistert. Nordrhein-  
13 Westfalens war ein Land von Kohle und Stahl, heute ist es ein Land mit  
14 Kohle und Stahl. Dabei haben wir Arbeit und Umwelt nie als Gegensatz  
15 begriffen. Die Förderung zukunftsweisender Umwelttechnologien haben  
16 wir als Jobmotor genutzt. Früh haben wir die dichteste Hochschul- und  
17 Forschungslandschaft in Europa geschaffen. NRW ist ein Land des  
18 ökologischen Fortschritts und des Wissens geworden.

19

20 Wir haben in die Stärke unserer Städte und Gemeinden investiert. Vor  
21 Ort konnten sich die Menschen auf ein tragfähiges soziales Netz  
22 verlassen und Lebensqualität im Alltag erfahren. Unsere Verteidigung  
23 der Bürger- und Freiheitsrechte hat das Land geprägt.

24

25 Nordrhein-Westfalen war bis vor kurzem das soziale Gewissen der  
26 Bundesrepublik. Unter den CDU-FDP-Regierungen in Land und Bund  
27 ist das soziale Klima in unserem Land kälter geworden. Der Ausstieg  
28 aus dem Prinzip der Solidarität hat begonnen, immer größere Teile der  
29 sozialen Sicherheit sollen privatisiert werden. Viele Menschen erleben  
30 dies tagtäglich. Sozialer Aufstieg wird für immer mehr Menschen zu  
31 einem Ziel, das sie nicht mehr erreichen können. Das werden wir  
32 ändern.

33

1 Wir sorgen dafür, dass Nordrhein-Westfalen wieder zu einer Wir-  
2 Gesellschaft wird, in der nicht die stärksten Ellenbogen zählen, sondern  
3 ein faires Miteinander aller. Die Solidarität der Generationen und  
4 soziale Gerechtigkeit müssen die entscheidenden Maßstäbe unseres  
5 Zusammenlebens werden. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind  
6 verlässlich und haben einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit.

7

8 Wir wissen, dass der Landespolitik Grenzen gesetzt sind. Aber sie hat  
9 auch große Spielräume. Wir sind entschlossen, sie tatkräftig für eine  
10 neue Politik zu nutzen. Ebenso wichtig aber ist, dass sich die im Bund  
11 gesetzten Rahmenbedingungen durch die falsche schwarz-gelbe Politik  
12 nicht weiter verschlechtern. Sie zielt, wie ihre verantwortungslose  
13 Steuerpolitik zeigt, auf eine nachhaltige Schwächung der  
14 Handlungsfähigkeit des Staates. Die milliardenschweren  
15 Steuergeschenke für die Reichen, die in Berlin schon fest eingeplant  
16 sind, werden durch umfassenden Sozialabbau bezahlt werden, wenn  
17 sich Schwarz-Gelb durch die Wahlen in NRW bestätigt fühlen und damit  
18 auf eine verlässliche Mehrheit im Bundesrat stützen könnte.

19

20 Dazu darf es im Interesse der Bürger unseres Landes und der  
21 gesamten Republik nicht kommen. Es geht um die Sicherung der  
22 Handlungsfähigkeit des Staates für eine solidarische Gesellschaft, für  
23 eine menschengerechte Sozialpolitik und für ökologischen Fortschritt  
24 Die Landtagswahlen in NRW haben daher eine große strategische  
25 Bedeutung für die Zukunft unseres Landes.

26

1 **Neue Perspektiven für die soziale Sicherheit in NRW**

2

3 *Die Fliehkräfte werden stärker*

4 Nordrhein-Westfalen steht vor einer wichtigen Entscheidung, vor einer  
5 Weichenstellung: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wie  
6 schaffen wir wirtschaftliche Dynamik und Wohlstand, ohne faire  
7 Teilhabe und soziale Sicherung preiszugeben? Wie verbinden wir  
8 Leistung und Gerechtigkeit? Kurz: Wie gewinnen wir eine gute Zukunft?

9

10 Nordrhein-Westfalen ist ein reiches Land - reich an wunderschönen  
11 Landschaften, vielfältigen Regionen, lebenswerten, pulsierenden und  
12 sicheren Städten. Aber vor allem ist es reich an sympathischen und  
13 fleißigen Frauen und Männern, die anpacken können und das Herz auf  
14 dem rechten Fleck haben. Die Sozialdemokratie in NRW macht eine  
15 Politik, die zu den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes passt –  
16 leistungsbewusst und solidarisch.

17

18 Immer mehr Menschen erkennen, dass das Wertegefüge in unserem  
19 Land in eine Schieflage geraten ist. Gier und purer Egoismus breiten  
20 sich aus. Die Fliehkräfte in der Gesellschaft werden stärker, Solidarität  
21 und Mitmenschlichkeit werden schwächer. Unser Regierungsprogramm  
22 richtet sich deshalb an alle, die unser Land wieder gerechter und  
23 menschlicher machen, die soziale Fairness und gesellschaftliche  
24 Solidarität stärken wollen.

25

26 Die Zahl der großen Vermögen wächst. Zugleich steigt die Zahl der  
27 Armen ständig, insbesondere die der armen Kinder. Die Mitte unserer  
28 Gesellschaft ist bedroht, immer mehr ihrer Angehörigen fürchten den  
29 sozialen Abstieg. Die Zahl der Bedürftigen nimmt zu, sozialer Aufstieg  
30 wird immer schwieriger.

31

32 *Verlust der Zukunftsperspektive*

33 Die Mittelschicht, die die alte Bundesrepublik geprägt hat, rang um  
34 sozialen Aufstieg durch Fleiß und eigene Leistung. Sie hat sich

1 angestrengt, hart gearbeitet, für ein Häuschen gespart, sich in Vereinen  
2 engagiert, sich selbstbewusst soziales Ansehen erworben. Das  
3 Wichtigste aber war ihr, dass es ihre Kinder noch besser haben sollten,  
4 durch bessere Bildung, durch eigene Anstrengungen, durch die  
5 Wahrnehmung von Chancen, die ihnen eine faire Gesellschaft bietet.  
6 An diesen Hoffnungen hat sich auch heute nichts geändert, aber sie  
7 werden immer seltener erfüllt.

8

9 Viele Menschen in unserem Land sehen keine Zukunftsperspektiven für  
10 sich und vor allem für ihre Kinder. Für viele ist der Weg zum Aufstieg  
11 versperrt, weil es keine Chancengleichheit gibt. Wir sind auf dem Weg  
12 in die blockierte Gesellschaft. Im nordrhein-westfälischen Schulsystem  
13 kommen neun Absteiger auf nur einen Aufsteiger. Auf der Bildungsleiter  
14 in Nordrhein-Westfalen gibt es fast nur noch eine Richtung: nach unten!

15

#### 16 *Gescheiterte Schulpolitik*

17 Wir haben nicht alles richtig gemacht, aber die „neue“ Schulpolitik der  
18 schwarz-gelben Landesregierung ist gescheitert. Das ist das  
19 vernichtende Urteil fast aller Betroffenen. Viele Eltern fragen  
20 inzwischen: "Was tut ihr unseren Kindern an?" Viel zu viele  
21 Schülerinnen und Schüler bleiben auf der Strecke. Sie sind dem Druck  
22 und dem neuen Tempo nicht gewachsen. Eltern verzweifeln an den  
23 verbindlichen Grundschulgutachten, die Kinder schon mit neun Jahren  
24 in Schubladen einsortieren, aus denen sie nicht mehr herauskommen.  
25 Diese Kinder sitzen dann in viel zu großen Klassen ohne die nötige  
26 Förderung.

27

28 Viele verzweifeln an der Umsetzung des Turbo-Abiturs, die dazu führt,  
29 dass Kinder kaum noch Kindheit haben, weil der Stress die  
30 Lebensfreude frisst. Für viele Jugendliche schließt sich die frustrierende  
31 Suche nach einem guten Ausbildungsplatz an, die viel zu oft in  
32 Warteschleifen endet. Aber auch im Studium werden die jungen  
33 Menschen dem Turbo-Druck einer falschen und fatalen Umsetzung der

1 Bachelor- und Master-Studiengänge ausgesetzt. Dazu kommt die  
2 finanzielle Schraubzwinge durch Studiengebühren.

3

4 Wir müssen diesen Druck wieder von unseren Kindern und  
5 Jugendlichen, aus unseren Familien, nehmen. Wir sind uns mit der  
6 großen Mehrheit der Bildungsexperten einig: Was unsere Kinder  
7 wirklich brauchen ist eine gute Ganztagsbetreuung, längeres  
8 gemeinsames Lernen und ein Bildungssystem ohne Hürden. Wir  
9 werden die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule in  
10 Nordrhein-Westfalen verwirklichen.

11

### 12 *Unsichere Arbeitsverhältnisse*

13 Aber selbst für die, die es schaffen, gibt es keine Sicherheit mehr: Eine  
14 gute Ausbildung, ein erfolgreiches Studium sind heute keine Garantie  
15 mehr für eine gesicherte berufliche Perspektive. Die Generation  
16 Praktikum wird über Zeitverträge, Mini-Jobs oder andauernde Praktika  
17 in oftmals jahrelange Warteschleifen ohne klare Perspektive geschickt.  
18 So geht die Sicherheit in unserer Gesellschaft verloren. Unsichere  
19 Arbeitsverhältnisse, oft auch für Menschen mit qualifiziertem  
20 Bildungsabschluss, zunehmender Missbrauch von Zeit- und Leiharbeit  
21 sowie eine Lohnspirale nach unten prägen zunehmend den  
22 Arbeitsmarkt. Das Normalarbeitsverhältnis droht zur Ausnahme zu  
23 werden.

24

25 Es geht auch anders: Während fast alle Kapitalgesellschaften in den  
26 vergangenen Jahren ihre Belegschaften in Deutschland reduzierten,  
27 haben die kleinen und mittelständigen Familienunternehmen neue  
28 Arbeitsplätze geschaffen. Diese langfristig denkenden Unternehmer, für  
29 die Leistung und Verantwortung zählen, haben ihre Zusagen  
30 eingehalten. Auch in Krisenzeiten bemühen sie sich, ihre Belegschaften  
31 zu halten. Denn sie wissen: Ihre Innovationskraft ziehen sie aus dem  
32 Wissen, der Kreativität und Erfahrung ihrer Mitarbeiterinnen und  
33 Mitarbeiter. Statt allein auf die kurzfristige Steigerung der Rendite zu  
34 schauen, planen Familienunternehmen langfristig. Im Gegensatz zu

1 vielen managementgeführten Unternehmen betrachten sie die Zahl  
2 ihrer Mitarbeiter nicht ausschließlich als Kostenfaktor.

3

4 Ebenso entscheidend für den Unternehmenserfolg ist die dauerhafte  
5 Sicherung von Arbeitnehmerrechten - gerade in Zeiten der  
6 Globalisierung. Soziale Marktwirtschaft ist untrennbar verbunden mit  
7 der Teilhabe und Mitsprache von Arbeitnehmerinnen und  
8 Arbeitnehmern in den Unternehmen. Mitbestimmung,  
9 Betriebsverfassung und Personalvertretung, Tarifautonomie,  
10 Kündigungsschutz und moderner Arbeitsschutz charakterisieren den  
11 sozialen Fortschritt. Er steht der technischen Innovation nicht im Wege,  
12 sondern treibt sie voran. Es ist erwiesen: Die Arbeit von Betriebs- und  
13 Personalräten wirkt sich positiv auf Produktivität, Flexibilität und  
14 Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Verwaltung aus.

15

16 Die jüngste Wirtschafts- und Finanzkrise ist das politische Ergebnis  
17 einer Ideologie, in der nicht die Menschen im Mittelpunkt stehen,  
18 sondern die Maximierung von Profit. Wir wollen dem Einfluss dieses  
19 marktradikalen Denkens auf die Politik ein Ende setzen. Die Wirtschaft  
20 muss wieder für die Menschen da sein, nicht umgekehrt. Wir  
21 Sozialdemokraten wissen: Der Markt ist ein schlechter Herr, aber er  
22 kann ein guter Knecht sein.

23

24 *Der sozialdemokratische Dreiklang*

25 Zukunft gestalten bedeutet, technologische und wirtschaftliche  
26 Innovationen in Einklang mit sozialem und ökologischem Fortschritt zu  
27 bringen. Innovationen und Technologie sind kein Selbstzweck, sondern  
28 Mittel im Dienst von Menschen, Arbeit und Umwelt. Klimaschutz ist  
29 keine Bedrohung, sondern eine große Chance für Wirtschaft und  
30 Forschung in unserem Lande. Investitionen in hocheffiziente Kraftwerke  
31 und erneuerbare Energien schützen das Klima, senken die Kosten und  
32 sichern Arbeitsplätze.

33

1 Der Dreiklang von wirtschaftlicher Dynamik, ökologischer  
2 Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit ist das Markenzeichen  
3 sozialdemokratischer Politik in NRW. Wir werden den Klimaschutz zum  
4 Fortschrittsmotor machen.

5

6 In der einzigartigen nordrhein-westfälischen Wissenschaftslandschaft  
7 liegen vielversprechende Potenziale, die wir gemeinsam mit den in ihr  
8 Tätigen und den Unternehmen nutzen werden, um soziale und  
9 ökologische Innovationen zu fördern. Wir haben gezeigt, wie in einem  
10 gemeinsamen Kraftakt derart große und wichtige Prozesse im Sinne  
11 der Menschen in NRW politisch gesteuert werden können. Unsere  
12 Erfolge bei der Gestaltung des Strukturwandels in diesem Land  
13 sprechen für sich.

14

#### 15 *Für eine faire Gesellschaft*

16 Wir wollen eine durchlässige Gesellschaft gestalten, eine Gesellschaft  
17 der fairen Regeln, in der Leistung sich auszahlt und Grundlage für eine  
18 sichere Existenz ist. Eine Gesellschaft, die auf der Basis wirtschaftlicher  
19 Stärke Gute Arbeit und Beste Bildung für alle ermöglicht. Eine  
20 leistungsstarke, solidarische und gerechte Gesellschaft, die einen  
21 handlungsfähigen Staat zum Partner hat.

22

23 Eine solche Perspektive für unser Land verlangt eine neue Politik. Wir  
24 haben die Kraft und den Mut, Strukturen zu verändern, statt die  
25 Menschen zu vertrösten, Almosen und Gutscheine zu verteilen und  
26 ihnen damit ihre Würde zu nehmen.

27

28 Wir werden sofort umfassend in die Betreuung von Kindern und die  
29 Unterstützung von Familien investieren, statt später hohe Kosten für  
30 Sozialarbeit oder gar Strafvollzug aufzubringen. Wir werden durch die  
31 schwarz-gelbe Landesregierung erfolgte Kürzungen bei  
32 Arbeitslosenberatungsstellen, Frauenhäusern und im  
33 Landesjugendplan rückgängig machen.

34

1 Wir werden jetzt großzügig in frühkindliche Bildung investieren, um  
2 nicht später für die Verlierer unseres Bildungssystems vielmehr  
3 aufwenden zu müssen.

4

5 Wir werden längeres gemeinsames Lernen ermöglichen und in gute  
6 und moderne Schulen investieren, auch um nicht Verlierer im globalen  
7 Wettbewerb zu werden.

8

9 Wir kämpfen für Gute Arbeit mit gerechten Löhnen, damit sich nicht  
10 Millionen Menschen auf dem Amt einen staatlichen Lohnzuschuss  
11 holen müssen, um über die Runden kommen zu können.

12

13 Wir kümmern uns heute nachhaltig um saubere Luft, sauberes Wasser  
14 und eine intakte Umwelt, damit nicht zukünftige Generationen mit  
15 gigantischen Kosten Umweltschäden reparieren müssen, sofern das  
16 dann überhaupt noch möglich ist.

17

18 Wir legen mit diesem Programm unser Zukunftskonzept für Nordrhein-  
19 Westfalen vor. Wir wollen gemeinsam mit der solidarischen Mehrheit  
20 unseres Landes eine gerechte Gesellschaft gestalten. Gemeinsinn und  
21 Fairness müssen wieder Vorrang haben. Wir stärken das 'Wir-Gefühl'  
22 und überwinden die 'Ich-Gesellschaft'. Wir wollen eine Gesellschaft, in  
23 der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht der Markt. Wir  
24 wollen eine Gesellschaft, von der die Menschen sagen: "*Wir in*  
25 *Nordrhein-Westfalen halten zusammen!*"

26

## 27 **Eckpunkte unseres Zukunftskonzepts**

28

- 29 • **Wir wollen neue Aufstiegschancen schaffen und**  
30 **Abstiegsängste überwinden:** Die Schere zwischen Arm und Reich  
31 muss wieder geschlossen werden. Die sozialen Fliehkräfte in  
32 unserer Gesellschaft müssen gestoppt werden. Wir wollen die Armut  
33 im Lande überwinden, vorrangig die von Kindern.

34

- 1 • **Wir wollen die Beste Bildung für Alle:** Kein Kind darf zurück  
2 bleiben. Herkunft und soziale Situation dürfen nicht länger darüber  
3 entscheiden, ob ein Kind alle seine Talente und Möglichkeiten  
4 entfalten kann. Mehr Menschen müssen einen qualifizierten  
5 Bildungsabschluss erreichen. Wir werden Aufstieg über Bildung  
6 wieder möglich machen.  
7
- 8 • **Wir wollen die Integration voranbringen:** Wir werden die  
9 Bedingungen für das gleichberechtigte Zusammenleben von  
10 Menschen unterschiedlicher Religion und Kultur in unserem Lande  
11 verbessern, in der Arbeitswelt, der Bildung, beim Wohnen, in der  
12 Gesellschaft und beider politischen Teilhabe.  
13
- 14 • **Wir wollen unsere Städte, Kreise und Gemeinden stärken,  
15 damit die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut und sicher  
16 leben können:** In einer sozialen Gemeinschaft, in einer intakten  
17 Umwelt, mit einem breiten Angebot in Kultur und Sport, bestmöglich  
18 geschützt vor Gewalt und Verbrechen.  
19
- 20 • **Wir wollen die Familien stärken:** Kinder sind die Zukunft unseres  
21 Landes. Kein Geld ist so gut angelegt wie das Geld, das wir in  
22 Familien, in unsere Kinder investieren.  
23
- 24 • **Wir wollen ein zukunfts- und leistungsfähiges  
25 Gesundheitswesen:** Alle müssen die bestmögliche  
26 Gesundheitsversorgung erhalten, unabhängig von ihrer sozialen  
27 Situation und von ihrem Alter.  
28
- 29 • **Wir wollen Gute Arbeit für alle:** Sichere Arbeitsplätze und Löhne,  
30 von denen die Menschen leben können. Dafür braucht NRW  
31 innovative Unternehmen mit einer qualifizierten und motivierten  
32 Belegschaft. Wir sorgen für eine zukunftsfähige Wirtschaft, die im  
33 globalen Wettbewerb die Stärken des Standortes Nordrhein-  
34 Westfalen nutzt.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32

- **Wir wollen den Klimaschutz zu einem Fortschrittmotor für unser Land machen:** Deshalb stoppen wir den Weg zurück in die Atomkraft, setzen auf erneuerbare Energien und ökologische Modernisierung unserer Industrie. Wir wollen Natur und Umwelt in NRW schützen. Gerade in einem Industrieland mit vielen Menschen brauchen wir Rückzugsräume für Mensch und Natur.
- **Wir wollen Sicherheit und Teilhabe für die Älteren in unserem Land erreichen:** Länger leben zu dürfen als frühere Generationen ist eine große Chance - wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie selbstbestimmt genutzt werden kann.
- **Wir werden das Ehrenamt in unserem Land fördern.** Hunderttausende Menschen in NRW arbeiten ehrenamtlich u.a. in Kirchen, Sport-, Schützen-, Heimat- und Karnevalsvereinen, Umweltinitiativen, Elternbeiräten, in der Gemeindefarbeit, der freiwilligen Feuerwehr, in Einrichtungen für Kinder, Ältere, Behinderte. Sie halten unser Land zusammen und sind ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft.
- **Wir verteidigen den leistungsfähigen Staat:** Wir dürfen die Gestaltung unserer Zukunft nicht dem Markt überlassen. Eine solidarische Gesundheitsversorgung, ein Bildungssystem der gleichen Chancen für alle, Klimaschutz und ökologische Industrialisierung, ein Sozialstaat als Bürgerrecht, der Schutz von Freiheit und Sicherheit -kurzum eine menschenwürdige Zukunft für unser Land, verlangen einen handlungsfähigen Staat. Er muss über ausreichende Finanzmittel verfügen, um seiner gesellschaftlichen Verantwortung im Dienste der Bürger gerecht zu werden.

1 **II. Gute Arbeit für alle**

2

3 **Gute Arbeit schaffen**

4

5 Wir wollen Gute Arbeit für alle, Arbeit, von der die Menschen gut leben  
6 können und die ihre Würde wahrt. Wir wollen prekäre Beschäftigung in  
7 jeder Form überwinden. Wir kämpfen für den flächendeckenden,  
8 gesetzlichen Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeiten geht, muss von seinem  
9 Lohn auch anständig leben können. Das verlangt die Würde des  
10 Menschen.

11

12 Wir wollen den Missbrauch der Leih- und Zeitarbeit unterbinden. Wir  
13 fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die sofortige Einführung  
14 von gesetzlichen Mindestlöhnen auch für Leih- und Zeitarbeiter.  
15 Beschäftigte müssen durch die Wiedereinführung des  
16 Synchronisationsverbotes (Beschäftigung, die auf nur einen konkreten  
17 Auftrag beschränkt ist) vor moderner Tagelöhnerarbeit geschützt  
18 werden. Konzerninterne Leiharbeit muss befristet werden.

19

20 Wir wollen, dass Dauer und Anzahl von Praktika gesetzlich geregelt  
21 werden. Berufspraktika dürfen nicht länger als willkürliche Verlängerung  
22 der Probezeit, zur Umgehung des Kündigungsschutzes und zum  
23 Lohndumping missbraucht werden.

24

25 Wir werden ein neues Tariftreuegesetz beschließen. Im Einklang mit  
26 dem Vergaberecht werden wir wirksam Lohn- und Sozialdumping bei  
27 der Vergabe öffentlicher Aufträge unterbinden.

28

29 Wir stehen zum Modell der Job-Center in gemeinsamer Verantwortung  
30 von Bundesagentur und Kommunen. Hierzu streben wir eine  
31 Grundgesetzänderung an.

32

1 Wir werden einen sozialen Arbeitsmarkt für diejenigen schaffen, die  
2 dauerhaft keine Chance zur Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt haben.  
3 Jede und jeder muss eine Chance bekommen.

4

5 Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die Aufnahmefähigkeit des  
6 Arbeitsmarktes und das Maß notwendigen Qualifikationsbedarfs sind in  
7 Deutschland regional ganz unterschiedlich ausgeprägt. Deshalb  
8 brauchen wir eine Regionalisierung, um die Fördermaßnahmen optimal  
9 auf die konkrete Bedarfslage anzustimmen. Nur so können wir jeder  
10 und jedem Einzelnen eine konkrete Vermittlungschance bieten. Auch  
11 die regionalen Kompetenzen der Träger der Arbeitsmarktförderung  
12 werden wir stärken. Qualitätsdumping muss durch eine angemessene  
13 Vergabep Praxis von Fördermaßnahmen unterbunden werden.

14

15 Wir setzen uns für ein besseres Anerkennungsverfahren der von den  
16 Einwanderinnen und Einwanderern mitgebrachten akademischen und  
17 beruflichen Abschlüsse ein. Dort wo nötig, sind Anpassungs- und  
18 Nachqualifizierungen vorzunehmen. Die Kompetenzen und Fähigkeiten  
19 der Zuwanderer sind, auch angesichts des drohenden  
20 Fachkräftemangels, besser als in der Vergangenheit zu nutzen.

21

22 Wir haben mit der Verlängerung der Kurzarbeit in der Wirtschafts- und  
23 Finanzkrise dafür gesorgt, dass Hunderttausende von Arbeitsplätzen  
24 erhalten worden sind. Ab Mitte 2010 wird die Kurzarbeit in vielen  
25 Betrieben auslaufen. Wir werden Anschlussförderungen entwickeln,  
26 damit nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Ende die  
27 Krisenlasten zu tragen haben.

28

29 Wir finden uns nicht länger damit ab, dass Frauen in Deutschland für  
30 die gleiche Arbeit noch immer ein Drittel weniger Lohn als ihre  
31 männlichen Kollegen bekommen.

32

33

34

## 1 **Ausbildung und Qualifizierung für alle**

2

3 Wir in NRW werden unseren Beitrag dazu leisten, damit in Deutschland  
4 wieder Vollbeschäftigung erreicht wird. Aus der Wirtschaft wird schon  
5 heute ein Fachkräftemangel gemeldet. Zugleich haben wir eine große  
6 Zahl arbeitsloser und nicht ausgebildeter junger Menschen zu  
7 beklagen, viele von ihnen mit Migrationshintergrund. Diesen  
8 Widerspruch müssen wir jetzt auflösen, sonst wird der demographische  
9 Wandel das Problem noch weiter verschärfen. Deshalb müssen wir alle  
10 Potenziale nutzen.

11

12 Wir werden dafür sorgen, dass Wirtschaft und Politik gemeinsam  
13 Verantwortung übernehmen. Der Schlüssel liegt in besserer Bildung  
14 und Ausbildung für alle. Hierzu ist es erforderlich, dass der Übergang  
15 von der Schule in den Beruf frühzeitig in unseren Schulen vorbereitet  
16 wird.

17

18 Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen, die  
19 jeder und jedem eine Ausbildung auf qualitativ hohem Niveau  
20 ermöglicht. Auch wenn die Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen und  
21 die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses vor allem in der  
22 Verantwortung der Wirtschaft liegen, erfordert dies eine gemeinsame  
23 Anstrengung von Wirtschaft, Politik, Agentur für Arbeit und  
24 Berufskollegs. Es ist eine der dringendsten Aufgaben, wieder mehr  
25 Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Die  
26 Ausbildungsgarantie bezieht sich nicht nur auf Schulabgänger, sondern  
27 auch auf Altbewerber. Jede und jeder hat auch eine zweite Chance  
28 verdient.

29

30 Wir werden bis zu 5000 zusätzliche Ausbildungsplätze mit hohem  
31 Praktikumsanteil öffentlich finanzieren, um den Ausbildungsmarkt in der  
32 Krise zu stabilisieren. Dies ist sinnvoller, als Arbeitslosigkeit zu  
33 finanzieren.

1 Wir wollen kleine und mittlere Unternehmen, die im Verbund mit  
2 anderen Unternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte  
3 ausbilden, weiter organisatorisch und finanziell unterstützen. Der von  
4 uns initiierte Ausbildungsbonus ist auf alle unversorgten Jugendlichen  
5 auszuweiten. Dazu schlagen wir die Zahlung einer Prämie von 2000  
6 Euro an kleine und mittlere Betriebe vor, wenn diese einen zusätzlichen  
7 Ausbildungsplatz schaffen. Weitere 2000 Euro soll das Unternehmen  
8 erhalten, wenn der Auszubildende die Kammerprüfung besteht.

9

10 Der Insolvenzschutz für Auszubildende muss garantiert sein. Damit  
11 sollen Auszubildende im Fall einer Insolvenz ihres Unternehmens ihre  
12 Ausbildung reibungslos in anderen Betrieben oder nötigenfalls in  
13 staatlicher Trägerschaft fortsetzen können.

14

### 15 **Neue Arbeit durch Innovation**

16

17 Politik und Wirtschaft müssen gewährleisten, dass unser Land innovativ  
18 bleibt und sich neue Berufsbilder entwickeln. Wir fördern den  
19 technologischen Fortschritt, etwa im Bereich des Umwelt- und  
20 Klimaschutzes oder der erneuerbaren Energien. In den Bereichen  
21 Erziehung, Gesundheit und Pflege und in der Kreativwirtschaft können  
22 in den nächsten Jahren Hunderttausende neuer Arbeitsplätze  
23 entstehen, wenn die Politik die richtigen Rahmenbedingungen schafft.  
24 Dafür werden wir sorgen.

25

26 Die Menschen mit Unternehmergeist in NRW sollen wissen, dass eine  
27 regierende SPD Strukturen fördern wird, die uns im Wettbewerb  
28 voranbringen. Partner für den Fortschritt sind Wissenschaft und  
29 Wirtschaft. Hier arbeiten die Köpfe, die NRW in Forschung und  
30 Entwicklung, in Wachstum und Beschäftigung voranbringen.

31

32

33

34

## 1 **Personal- und Betriebsräte als Innovationsmanager stärken**

2

3 Die Krise hat verdeutlicht, dass die Betriebsräte konsequent und  
4 erfolgreich betriebliches Krisenmanagement geleistet haben. Ihr Know-  
5 How und ihre soziale Verantwortung haben bei der Krisenbewältigung  
6 der Arbeitsplatzsicherung Vorrang vor Renditeerwartungen verschafft.  
7 Ihr Beitrag hat geholfen, Beschäftigungsverluste in der Krise gering zu  
8 halten. Künftig muss das Wissen und Können der Betriebs- und  
9 Personalräte verbindlicher in die Unternehmensentwicklung einbezogen  
10 werden. Ihre Rolle beim Antreiben und Managen von Innovationen  
11 wollen wir stärken.

12

## 13 **Familiengerechte Arbeitsbedingungen fördern**

14

15 Immer mehr junge Menschen hangeln sich mit teils unbezahlten  
16 Praktika, mit Minijobs, mit Leih- und Zeitarbeit oder ständig befristeten  
17 Verträgen von einer prekären Beschäftigung zur nächsten. Auf der  
18 anderen Seite erwarten Politik und Gesellschaft von genau dieser  
19 Altersgruppe die Gründung von Familien. Das passt nicht zusammen.  
20 Die SPD in Nordrhein-Westfalen kämpft für Gute Arbeit. Dazu gehören  
21 auch flexible Arbeitszeitkonten, die Förderung von  
22 Betreuungsangeboten und gesunden Arbeitsbedingungen.

23

24 Der Wettbewerb um Fachkräfte wird zunehmend schwieriger. Deshalb  
25 müssen Unternehmen schon in eigenem Interesse jenseits von  
26 Gehaltszahlungen Anreize bieten. Familiengerechte  
27 Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung haben hierbei  
28 schon heute einen besonderen Stellenwert. Dies nimmt weiter zu.

29

30 Wir können es uns nicht leisten, Potenziale ungenutzt zu lassen.  
31 Deshalb starten wir mit Wirtschaft und Gewerkschaften eine Initiative  
32 zur besonderen Förderung von älteren Arbeitnehmerinnen und  
33 Arbeitnehmern. Auch die berufliche Fort- und Weiterbildung der  
34 Beschäftigten mit Migrationshintergrund muss ausgeweitet werden.

1

2 Zahlreiche Datenschutzskandale in der Wirtschaft zeigen, dass uns die  
3 moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft auch im  
4 Arbeitsleben vor neue Herausforderungen stellt. Eine  
5 Totalüberwachung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am  
6 Arbeitsplatz darf es genauso wenig geben wie deren systematische  
7 Durchleuchtung. Der verantwortungsbewusste Umgang mit sensiblen  
8 Arbeitnehmerdaten muss in der betrieblichen Praxis immer  
9 sichergestellt sein. Deswegen werden wir uns gegenüber der  
10 Bundesregierung für ein eigenständiges Arbeitnehmerdaten-  
11 schutzgesetz einsetzen und in NRW dafür sorgen, dass der  
12 Landesdatenschutzbeauftragte ausreichendes Personal erhält, um  
13 seine Aufgaben wirksam wahrzunehmen.

14

### 1 **III. Die Beste Bildung für alle**

2

3 Jeder Mensch ist einzigartig. Jeder Mensch verfügt über besondere  
4 Potenziale und Fähigkeiten. Während es die Grundschule hervorragend  
5 schafft, alle Kinder bestmöglich zu fördern, gelingt es in den  
6 weiterführenden Schulen in unserem gegliederten Schulsystem nicht,  
7 die Bildungspotenziale der Schülerinnen und Schüler optimal weiter zu  
8 entwickeln und zu fördern. Bildungschancen hängen nach wie vor zu  
9 stark von Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern ab. Bildung darf aber  
10 kein Privileg für diejenigen sein, die sie über das Elternhaus in die  
11 Wiege gelegt bekommen haben. Gute Bildung und Ausbildung sind der  
12 Schlüssel zur Teilhabe und zur gesellschaftlichen Integration.

13

### 14 **Bildungsgerechtigkeit durch Gebührenfreiheit und höhere** 15 **Bildungsausgaben**

16

17 Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Für uns gilt: Bildung ist ein  
18 öffentliches Gut. Sie darf nicht zu einer Ware werden, die sich nicht alle  
19 leisten können. Wir meinen es mit der Förderung der Chancengleichheit  
20 Ernst. Darum werden wir den gebührenfreien Zugang zu allen  
21 Bildungseinrichtungen – vom Kindergarten bis zum Hochschulstudium  
22 und nachgeholt Schul- und Berufsabschlüssen, aber auch für  
23 Meisterschulen – garantieren.

24 Bildung muss uns mehr wert sein. Unser Ziel: Zehn Prozent des  
25 Bruttoinlandsprodukts werden in Bildungs- und Forschungsausgaben  
26 investiert.

27

### 28 **Eine neue Schul- und Lernkultur**

29 Für gerechte Bildungschancen brauchen wir eine andere Schul- und  
30 Lernkultur. Ein gutes Bildungssystem muss junge Menschen auf  
31 lebenslanges Lernen vorbereiten. Es muss Neugier und Motivation  
32 wecken, die Kinder und Jugendlichen zu Kritikfähigkeit erziehen und

1 hierdurch starke Persönlichkeiten schaffen. Lernen muss in einem  
2 Klima stattfinden, das zum Mitmachen einlädt. Mitbestimmung,  
3 Mitverantwortung und Mitgestaltung müssen tragende Elemente  
4 unserer Bildungseinrichtungen sein. Lernen unter Druck, das in immer  
5 stärkerem Ausmaß Nachhilfe nötig macht und die Eltern viel Geld  
6 kostet, lehnen wir ab. Ein gutes Bildungssystem fördert und fordert.

7

8 Jede Schule wird dazu verpflichtet, alle aufgenommenen Kinder zum  
9 bestmöglichen individuellen Schulabschluss zu führen. Denn Schulen  
10 sollen nicht nur Abschlüsse vergeben, sondern vor allem Anschlüsse  
11 ermöglichen.

12

### 13 ***Bildung von Anfang an***

14

15 Gute Bildung beginnt früh. Wir werden die Städte und Gemeinden beim  
16 bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen  
17 unterstützen, damit der Rechtsanspruch auf einen solchen  
18 Betreuungsplatz verwirklicht wird. Wir werden hochwertige Angebote  
19 schaffen, in denen Kinder individuell gefördert und die Eltern in eine  
20 echte Bildungs- und Erziehungspartnerschaft einbezogen werden.  
21 Dabei legen wir auch Wert auf die örtliche Trägervielfalt und auf die  
22 Umsetzung unterschiedlicher pädagogischer Ansätze in der  
23 Elementarpädagogik.

24 In den Kindertageseinrichtungen sollen auch Erziehungsberatung mit  
25 Angeboten zur Familienhilfe und Gesundheitsvorsorge verbunden  
26 werden. Nur wer Kinder- und familienpolitische Infrastruktur ganzheitlich  
27 versteht, kann Kinder und Familien erfolgreich fördern und beraten.

28

29 Die SPD wird ein Kinderbildungsgesetz vorlegen, das diesen Namen  
30 wirklich verdient. Mit maßgeschneiderten Sofortmaßnahmen werden wir  
31 die Kinderbildung in unserem Land verbessern. Dazu zählen die  
32 Einführung bedarfsgerechter Pauschalen, die Bildung kleinerer  
33 Gruppen sowie der Einstieg in die Akademisierung der Ausbildung von  
34 Erzieherinnen und Erziehern.

1

2 Zugleich werden wir ein hochwertiges Angebot für die Fort- und  
3 Weiterbildung schaffen und dabei auch die vorhandenen Fachschulen  
4 einbeziehen.

5

6 Die Qualität der Arbeit und die Weiterentwicklung der  
7 Kindertageseinrichtungen hängt von den Rahmenbedingungen und der  
8 Finanzausstattung ab. Wir werden beide deutlich verbessern.

9

10 Wir wollen, dass der Besuch der Kindertagesstätte schrittweise für alle  
11 Kinder gebührenfrei wird. Die Finanzierung muss durch das Land  
12 erfolgen. Wenn wir mehr in Betreuung und Bildung investieren, nutzt  
13 dies Kindern und Eltern wesentlich mehr als höheres Kindergeld oder  
14 ein Betreuungsgeld. Eine Stichtagsregelung für den Übergang von der  
15 Kindertagesstätte in die Grundschule lehnen wir ab. Eltern und  
16 Pädagogen aus Kita und Grundschule entscheiden gemeinsam über  
17 den Schulbeginn des Kindes.

18

### 19 ***Länger gemeinsam lernen***

20

21 Für gerechte Bildungschancen brauchen wir längeres gemeinsames  
22 Lernen mit individueller Förderung jedes einzelnen Kindes. Die viel zu  
23 frühe Auslese von Schülerinnen und Schülern und die mangelnde  
24 Durchlässigkeit zwischen den Schulformen führen in hohem Maße zu  
25 Benachteiligungen. Obwohl der Zusammenhang von gegliedertem  
26 Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit offensichtlich ist und durch  
27 internationale Studien bestätigt wird, verweigern sich die Konservativen  
28 in unserem Land den dringend notwendigen Reformen.

29

30 Nordrhein-Westfalen braucht seine Kinder, seine Talente – und zwar  
31 alle! Das mehrgliedrige Schulsystem verschwendet Talente, zu viele  
32 Schülerinnen und Schüler werden abgeschult, zu viele bleiben sitzen,  
33 zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss und immer noch erlangen  
34 zu wenige die Berechtigung zum Hochschulzugang. Wir wollen das

1 erfolgreiche gemeinsame Lernen in Vielfalt in den Grundschulen auf die  
2 weiterführenden Schulen übertragen.

3

#### 4 **Die Gemeinschaftsschule: Schule der Zukunft**

5

6 Wir setzen auf die Gemeinschaftsschule als Schule der Zukunft. Wir  
7 werden die Menschen auf diesem Reformweg mitnehmen und werben  
8 deshalb für einen breiten bildungspolitischen Konsens in der  
9 Gesellschaft.

10

11 Die Gemeinschaftsschule ist eine Ganztagschule. Sie nimmt die  
12 Kinder nach der Grundschule auf und ist bis zur Klasse 10 für deren  
13 Bildungserfolg verantwortlich. In den Klassen 5 und 6 findet für alle  
14 Kinder ein gemeinsamer Unterricht statt. Eltern, Schule und Schulträger  
15 entscheiden, ob ab der siebten Klasse weiterhin ein vollständig  
16 integrativer Unterricht stattfindet oder ob eine Differenzierung  
17 (beispielweise in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialklassen)  
18 vorgenommen wird. Am Ende der Klasse 10 können auf der  
19 Gemeinschaftsschule alle Abschlüsse der Sekundarstufe I erreicht  
20 werden.

21

22 Mit der Gemeinschaftsschule sichern wir ein wohnortnahes  
23 Schulangebot und ermöglichen es so den Städten und Gemeinden,  
24 flexibel auf die demografische Entwicklung zu reagieren.

25

26 Die Gemeinschaftsschule steht für eine andere Lernkultur. Jede  
27 Schülerin, jeder Schüler erhält einen individuellen Lern- und Förderplan.  
28 Wir wollen, dass der Unterricht neu organisiert und gestaltet wird.  
29 Lernen in Projekten und fächerübergreifendes Lernen erfordern  
30 flexiblere Organisationsstrukturen. Ziel ist die konsequente  
31 Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen und  
32 Begabungen. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen Lehrerinnen und  
33 Lehrer entsprechende Ressourcen, Zeit sowie Aus- und  
34 Fortbildungsmöglichkeiten.

## 1 **Schulen werden zu Häusern des Lernens und Lebens**

2

3 Schulen müssen selbst und verantwortlich über ihre Arbeit entscheiden  
4 können. Deshalb halten wir am Prinzip der selbstständigen Schule fest,  
5 die in ein System von Beratung und Service eingebettet wird. Das Land  
6 bleibt verantwortlich für die Vorgabe und Überprüfung von  
7 Bildungsstandards. Zum neuen Steuerungsverständnis gehört ein  
8 landesweiter Bildungsbericht, der alle Bildungsbereiche umfasst. Dazu  
9 gehört auch eine neue Rolle der Kommunen. Ihnen wollen wir einen  
10 größeren Gestaltungsspielraum für ihr bildungspolitisches Angebot  
11 ermöglichen. Viele Städte und Gemeinden praktizieren dies bereits und  
12 beteiligen die Eltern offensiv daran. Wir unterstützen diese Entwicklung  
13 ausdrücklich.

14

15 Gerechte Bildungschancen brauchen gute Rahmenbedingungen für  
16 Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler. Deshalb  
17 setzen wir auf einen Stufenplan für kleinere Klassen. In einem ersten  
18 Schritt soll es keine Klassen mit mehr als 30 Schülerinnen und Schülern  
19 mehr geben, mittelfristig wollen wir Klassengrößen von höchstens 25  
20 Schülerinnen und Schülern erreichen. Wir wollen die Bildungs-,  
21 Erziehungs- und Betreuungszeit für alle Kinder und Jugendlichen  
22 ausbauen. Die Nachfrage nach Ganztagsplätzen ist groß. Wir wollen  
23 ein Recht auf Ganzttag.

24 Eine Ganztagschule verteilt Unterricht, Zeit für Hausaufgaben, kreative  
25 Angebote, Sport und Entspannung über den ganzen Tag. Eine  
26 Ganztagschule bietet gemeinsame Mahlzeiten für die Schülerinnen  
27 und Schüler. Dabei gilt: Kein Kind darf aus finanziellen Gründen vom  
28 gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten  
29 ausgeschlossen werden.

30

31 Täglich geben alle im Bildungssystem Mitwirkenden den Kindern und  
32 Jugendlichen Halt und Anerkennung, sie vermitteln Wissen und sie  
33 erziehen. Die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser

1 Bildungsfachleute ist der Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres  
2 Schulsystems. Neben einer Kultur der Anerkennung brauchen wir ein  
3 besseres Unterstützungssystem, das Qualifizierung ermöglicht und  
4 Freiräume schafft.

5

### 6 **Abitur nach 12 und 13 Jahren**

7

8 Die Art und Weise, wie das Turboabitur in NRW organisiert wurde,  
9 belastet Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in  
10 unverantwortlicher Weise.

11 Die Schulzeitverkürzung hat zu einer enormen Verdichtung des  
12 Unterrichts in der Sekundarstufe I des Gymnasiums geführt. Zudem hat  
13 es die schwarz-gelbe Landesregierung versäumt, rechtzeitig  
14 angemessene Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Lehrerinnen und  
15 Lehrer wurden nicht vorbereitet, die Lehrpläne nicht frühzeitig genug  
16 überarbeitet und der Ganztag viel zu spät, nur auf Druck und  
17 unzureichend, eingerichtet. Konsequenz ist: Das Turboabitur erzeugt  
18 unangemessenen Lerndruck, verhindert Durchlässigkeit und überfordert  
19 die Schulen bei der Umsetzung.

20 Das werden wir korrigieren. Wir werden den Schülerinnen und Schülern  
21 den Weg zum Abitur nach zwölf, aber auch nach 13 Jahren offen  
22 halten. Ein generelles Abitur nach zwölf Jahren lehnen wir ab.

23

### 24 **Berufskollegs zu beruflichen Kompetenzzentren ausbauen**

25

26 Wir streben die Gleichwertigkeit der beruflichen und der allgemeinen  
27 Bildung an. Deshalb wollen wir das Berufsbildungssystem zu einem  
28 gleichberechtigten Zweig des Bildungswesens entwickeln, in dem auch  
29 alle schulischen Abschlüsse erworben werden können.

1 Die berufliche Oberstufe kann und muss stärker als bisher als  
2 Alternative zum Lernen in der allgemeinbildenden Oberstufe ausgebaut  
3 werden.

4

#### 5 **Inklusion als Ziel**

6 Die Schule der Zukunft ist eine Schule des gemeinsamen Lernens.  
7 Nirgendwo besuchen so viele Kinder mit Behinderungen oder  
8 Lernschwächen spezielle Förderschulen wie in Deutschland – in vielen  
9 Fällen völlig unnötig. Wir setzen auf das Prinzip der Inklusion. Ein  
10 inklusives unterscheidet sich von einem integrativen Bildungssystem.  
11 Die integrative Pädagogik strebt die Eingliederung von Schülerinnen  
12 und Schüler in das allgemeine Bildungssystem an. Inklusion hingegen  
13 bedeutet, dass Strukturen und Didaktik von vornherein auf die  
14 Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und individuelles  
15 Fördern und Fordern ausgerichtet sind. Wir wollen eine Neuorientierung  
16 in der sonderpädagogischen Förderung hin zu einem inklusiven  
17 Bildungssystem.

18

#### 19 **Sofortprogramm für bessere Bildung**

20 Mit einem Sofortprogramm für bessere Bildung werden wir in einem  
21 Schritt dringend notwendige Korrekturen und wichtige Neuerungen auf  
22 den Weg bringen.

23 1. **Der Elternwille erhält wieder Vorrang.** Anstatt verbindliche  
24 Grundschulempfehlungen und Prognoseunterricht werden  
25 zukünftig wieder die Eltern in partnerschaftlicher  
26 Zusammenarbeit mit den Lehrerinnen und Lehrern über die  
27 weitere Schullaufbahn ihrer Kinder entscheiden.

28 2. **Die Kopfnoten werden abgeschafft.** Das Arbeits- und  
29 Sozialverhalten durch Kopfnoten zu beurteilen, ist  
30 kontraproduktiv. Eine solche Note wird der individuellen Vielfalt  
31 der Kinder nicht gerecht und entspricht nicht einer  
32 angemessenen Kultur der Rückmeldung. Vielmehr müssen

1 Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten inhaltliche Hinweise  
2 zu Entwicklungsbedarf und zu erforderlichen  
3 Verhaltensänderungen enthalten.

4 **3. Die Drittelparität wird wieder eingeführt.** Schülerinnen und  
5 Schüler werden in der Schulkonferenz gleichberechtigt an den  
6 Entscheidungen beteiligt. Wir stärken so die Mitgestaltung aller  
7 Beteiligten an einer Schule und damit die innerschulische  
8 Demokratie.

9 **4. Die verbindliche Abschaffung der Schulbezirke für**  
10 **Grundschulen wird rückgängig gemacht.** Die Kommunen  
11 müssen eigenverantwortlich entscheiden können, wie sie  
12 notwendige Steuerungen vornehmen, um eine optimale  
13 Schulversorgung garantieren zu können.

14 **5. Gemeinsam mit den Kommunen werden wir unter Einbeziehung**  
15 **aller Beteiligten die Voraussetzungen für die Einführung der**  
16 **Gemeinschaftsschulen schaffen.**

17 **6. Die Diffamierung der Gesamtschule wird beendet.**  
18 Entwicklungen vor Ort werden konstruktiv begleitet und die  
19 Ganztagsform wird wieder ermöglicht.

20 **7. Schulleiterinnen und Schulleiter brauchen mehr Zeit, um das**  
21 **Schulleben zu gestalten. In der Vergangenheit haben die**  
22 **Aufgaben enorm zugenommen. Die Zeit für die Erfüllung von**  
23 **Aufgaben der Schulleitung an allen Schulformen muss**  
24 **schrittweise ausbaut werden.**

25

### 26 ***Gute Hochschulen***

27 Unter unserer Führung ist in NRW die dichteste Hochschullandschaft  
28 Europas entstanden. Doch die Situation an den Hochschulen in  
29 Nordrhein-Westfalen hat sich in den letzten Jahren drastisch  
30 verschlechtert. In allen vier am Zusammenleben im Lebensraum  
31 Hochschule beteiligten Gruppen – so differenziert ihre Perspektiven  
32 durch die Spaltungspolitik von CDU und FDP auch sein mögen –

1 wächst die starke Unzufriedenheit und der Leidensdruck. Sie alle sind  
2 negativ von der Bildungspolitik der letzten Jahre betroffen.

3

4 Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind immer  
5 häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen bedroht, da die  
6 Hochschulleitungen durch unklare Mittellage und Studiengebühren in  
7 vielen Fällen nur befristete Verträge abschließen können. Die  
8 Professorinnen und Professoren sehen sich der verständlichen Kritik  
9 daran, ebenso wie der berechtigten Kritik der Studierenden etwa an den  
10 Betreuungsverhältnissen und Studiengebühren ausgesetzt. Dabei  
11 müssen sie selbst intensiv Drittmittel einwerben, um forschen zu  
12 können. Wenn sie das tun, bleibt aber entgegen dem Humboldtschen  
13 Ideal die forschungsbasierte Lehre auf der Strecke.

14

15 Die Studierenden sind mit den neuen Studiengängen extrem belastet,  
16 erleiden immer häufiger psychische Erkrankungen, erhalten nicht genug  
17 finanzielle Unterstützung, müssen zusätzlich ihre Studiengebühren  
18 finanzieren und oft mehrere Jobs annehmen, häufig in den Abend- und  
19 Nachtstunden. Viele brechen ihr Studium ab. Inzwischen fühlen sie sich  
20 derart hinters Licht geführt, verraten und hilflos, dass sie zu Recht  
21 aufbegehren und protestieren. Auch die Gruppe der weiteren  
22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fällt der immer deutlicher fehlenden  
23 Ausfinanzierung der Hochschulen zum Opfer. Fortschreitender Spar-  
24 und Privatisierungswahn führt zu Kündigungen oder Ausgliederungen  
25 von Hochschulbereichen und damit einhergehenden Lohnverlusten, da  
26 Tarifverträge umgangen werden.

27

28 Diese und viele andere Probleme entstanden auf Basis der  
29 konsequenten Abwälzung von politischen Herausforderungen und  
30 Problemen an die Hochschulen, Verantwortungsflucht, die fehlende  
31 Fähigkeit den Betroffenen an den Hochschulstandorten zuzuhören und  
32 ideologische Scheuklappen.

33

1 Dieser verfehlten Politik werden wir konsequent ein Ende setzen. Unser  
2 Verständnis von Bildungspolitik ist ein gänzlich anderes. Bildungspolitik  
3 ist eine bedeutende staatliche Aufgabe, sie trägt wesentlich zur  
4 Chancengleichheit und Innovationsfähigkeit bei und sichert unter  
5 anderem den Wohlstand für künftige Generationen. Die Formulierung  
6 dieser Ziele muss aus unserer Sicht gemeinsam und auf Augenhöhe  
7 zwischen den Hochschulen und der Politik erfolgen.

8

9 Moderne Bildungspolitik nutzt die Bildungsreserven in der Gesellschaft.  
10 Bildung dient auch der Qualifikation, ist aber vor allem ein  
11 Menschenrecht und ein Wert an sich. Wir wollen diesen Wert wieder in  
12 unserer Gesellschaft stärken und im Wissenschaftssystem nachhaltig  
13 verankern.

14

15 Moderne Bildungspolitik sichert Zukunft. Investitionen in Bildung sind  
16 Investitionen für die nächsten Generationen. Wir sind uns bewusst,  
17 dass die Investitionszyklen im Wissenschaftssystem länger sind als in  
18 anderen Politikfeldern und deshalb alle Konzepte inhaltlich und  
19 materiell langfristig angelegt sein müssen. Wir wollen daher dauerhaft  
20 mehr Geld in Bildung investieren und bekennen uns zu den Zielen des  
21 Bildungsgipfels, bis 2015 gesamtstaatlich 10 Prozent des  
22 Bruttoinlandsprodukts für Bildungs- und Forschungsausgaben  
23 aufzuwenden. Wer das Bildungsniveau nachhaltig steigern und somit  
24 Arbeitsplätze in NRW sichern will, muss solche Prioritäten setzen.

25

26 Unsere vorrangigen Ziele dabei sind:

27

28 1. Wir stehen für eine in ihrer gesamten Breite geförderten  
29 Hochschullandschaft in staatlicher Verantwortung, deren Struktur  
30 national und international konkurrenzfähig ist, die staatlich solide  
31 finanziert wird und sehr gute Studienbedingungen bietet.

32

1 2. Mit uns wird es keine Privatisierung von Hochschulstandorten geben.  
2 Auch die Universitätskliniken sollen in öffentlicher Verantwortung  
3 bleiben.

4

5 3. Wir stehen für die konsequente Überarbeitung und  
6 Weiterentwicklung des Bologna-Prozesses. Wir werden für  
7 vergleichbare und angemessene Bachelor-Studiengänge sorgen. Das  
8 beinhaltet für uns freiere Wahlmöglichkeiten bei Seminaren und  
9 Vorlesungen, weniger Anwesenheitspflichten und eine neue,  
10 einheitliche Berechnung und Vergleichbarkeit der ECTS (Leistungs)-  
11 Punkte. Außerdem müssen Studienstrukturen flexibel sein. Deshalb  
12 werden wir den Studienortswechsel vereinfachen und gemeinsam mit  
13 den Hochschulen kooperative Standards für die wechselseitige  
14 Abstimmung der Studieninhalte entwickeln. Stärker als bisher müssen  
15 wir die internationalen Möglichkeiten des Hochschulsystems nutzen.

16

17 4. Wir werden sicherstellen, dass qualifizierte Studierende mit Bachelor-  
18 Abschluss, die ihren Master machen möchten, auch einen  
19 Masterstudienplatz erhalten. Auch bei den Masterprogrammen achten  
20 wir auf ihre Studierbarkeit.

21

22 5. Wir stehen für ein gebührenfreies Studium, in dem kein junger  
23 Mensch vom Studium abgeschreckt wird. Wir werden jegliche Formen  
24 von Studiengebühren zeitnah nach der Wahl abschaffen.

25

26 6. Das Hochschulpersonal gehört für uns grundsätzlich in den  
27 Landesdienst. Die jetzige Situation hat zu einer nicht hinnehmbaren  
28 Verschlechterung der Stellung des Hochschulpersonals geführt.  
29 Zusätzlich werden wir auch die studentischen Beschäftigten tariflich  
30 absichern, indem wir sie in den Tarifvertrag des Landes aufnehmen.

31

32 7. Wir wollen die Universitäten auch für Berufspraktiker öffnen. Deshalb  
33 werden wir gemeinsam mit den Universitäten einen „Wechselkurs“ zur

1 Anrechnung der in der Berufsausbildung erbrachten Leistungen  
2 entwickeln, die anstelle des Abiturs treten können.

3

4 8. Wir stehen für das BAföG und werden für eine sofortige Erhöhung  
5 der Regelsätze über den Inflationsausgleich hinaus sorgen. Außerdem  
6 möchten wir die Gruppe der Bezugsberechtigten ausbauen und  
7 perspektivisch zu einer elternunabhängigen Förderung gelangen.  
8 Ausschließlich Stipendien als finanzielle Unterstützung, wie sie der  
9 Innovationsminister vorgeschlagen hat, lehnen wir hingegen ab. Die  
10 Studienfinanzierung muss nach sozialen Kriterien erfolgen und  
11 krisensicher sowie unabhängig sein.

12

13 9. Wir stehen für lebendige Hochschulen. Für uns ist dabei die  
14 demokratische Selbstverwaltung Ausdruck der Wissenschaftsfreiheit.  
15 Deshalb werden wir die Hochschulräte wieder abschaffen.

16

17 10. Studierende brauchen eine starke studentische Selbstverwaltung.  
18 Wir stehen zur verfassten Studierendenschaft, ihrer  
19 Satzungsautonomie und Finanzhoheit. Mit uns wird es keinen Abbau  
20 ihrer Rechte geben.

21

22 11. Wir stehen für den Erhalt eines breiten Angebots an  
23 Studiengängen. Wir werden sicherstellen, dass jedes Fach in NRW  
24 dauerhaft angeboten wird.

25

26 12. Wir stehen für ein ausreichendes Studienangebot. Wir werden  
27 sicherstellen, dass allen Studierwilligen ein entsprechendes Angebot an  
28 Studienplätzen zur Verfügung steht und die Kapazitäten der  
29 Hochschulen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

30

31 13. Wir stehen für nachhaltige Frauenförderung an unseren  
32 Hochschulen. Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, ihren  
33 Frauenanteil dauerhaft auf 50 Prozent zu erhöhen.

34

1 14. Wir stehen für starke Studentenwerke. Wir werden die  
2 Studentenwerke als Hauptträger der sozialen Infrastruktur wieder  
3 finanziell und strukturell stärken. Sie müssen ihren Aufgaben flexibel,  
4 bedarfsgerecht und flächendeckend nachgehen können.

5

6

7

### 8 ***Weiterbildung gewährleisten***

9

10 Bildung ist Menschenrecht. Wir wollen die lernende Gesellschaft, in der  
11 sich Menschen ein Leben lang weiter entwickeln können. Lebenslanges  
12 Lernen und Weiterbildung sind Kernelemente der zukunftsfähigen und  
13 nachhaltigen Gestaltung unseres Gemeinwesens. Dabei gilt unser  
14 besonderes Augenmerk auch den Weiterbildungsangeboten für ältere  
15 Menschen sowie Menschen aus einkommensschwachen und  
16 bildungsfernen Milieus.

17

18 Wir werden das Prinzip der zweiten Chance stärken, indem wir allen  
19 Menschen in unserem Land ermöglichen, entgeltfrei an einer  
20 anerkannten Weiterbildungsstätte Schulabschlüsse nachzuholen.

21 Beschäftigte, die während der Kurzarbeit eine qualifizierende,  
22 abschlussbezogene Weiterbildung anstreben, sollen von der  
23 Notwendigkeit, dem Betrieb zur Verfügung zu stehen, mit Lohnersatz  
24 großzügig befreit werden. Mittelfristig erstreben wir die Einführung eines  
25 Erwachsenen-BAFöG sowie eines Rechtes auf Freistellung, um  
26 Weiterbildung zum Zweck einer abschlussbezogenen Zusatzausbildung  
27 zu ermöglichen.

28

29 Den nordrhein-westfälischen Ausbildungskonsens mit Wirtschaft und  
30 Gewerkschaften werden wir zu einem Qualifizierungskonsens  
31 ausweiten. Die Wirtschaft muss im Rahmen von Selbstverpflichtungen  
32 einen wachsenden Anteil betrieblicher Weiterbildung garantieren.

## 1 **IV. Ökologisches Wachstum und Innovation**

2

### 3 ***Die Menschen stehen im Mittelpunkt unsers politischen Handelns***

4

5 Wir stehen für eine Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt jedes  
6 Handelns rückt. Politik darf sich niemals an einseitigen Interessen  
7 ausrichten, sondern muss allein dem Ziel dienen, die  
8 Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

9

10 Wir in NRW wissen: Umweltpolitik ist auch eine Frage der sozialen  
11 Gerechtigkeit. Benachteiligte Haushalte leben oft in einer stärker  
12 belasteten Umwelt, in Gegenden mit hoher Luftbelastung oder an  
13 lauten Verkehrsstraßen. Verbessert sich die Umweltsituation,  
14 verbessert sich auch die soziale Lebenslage. Konsequenter betriebener  
15 Klima- und Umweltschutz trägt damit auch zu mehr sozialer  
16 Gerechtigkeit bei.

17

18 Es ist die bewährte Stärke der SPD unseres Landes, ökonomische  
19 Vernunft, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung im  
20 praktischen Regierungshandeln zu verbinden. Dieser Dreiklang ist  
21 unser Markenzeichen für nachhaltige Politik.

22

### 23 ***Die Industrie bleibt Fundament unserer Wirtschaft***

24

25 Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von über 540 Milliarden Euro im  
26 Jahr 2008 ist NRW das wirtschaftlich bedeutendste Bundesland. So  
27 erwirtschaftet alleine die chemische Industrie in NRW über 30 % des  
28 Umsatzes der deutschen Chemie. Energiewirtschaft,  
29 Automobilzulieferer und der Maschinenbau beliefern aus NRW die  
30 ganze Welt. 2008 haben wir Waren im Wert von rund 172 Milliarden  
31 Euro ausgeführt. Wir wollen, dass NRW das Land der modernen  
32 Industrie wird. Dafür müssen wir neue Antworten auf neue  
33 Herausforderungen geben.

34

1 Erfolgreiche Wirtschaftspolitik braucht die Bereitschaft zur  
2 gemeinsamen Anstrengung von politischem Wollen, wirtschaftlichem  
3 Können und staatlichem Handeln. Maßstab unserer Wirtschaftspolitik  
4 ist der unternehmerische Erfolg, der langfristige Wertschöpfung und  
5 Arbeitsplatzsicherung über kurzfristige Renditen und Bonuszahlungen  
6 stellt. Wir wissen, dass die allermeisten Unternehmer dies auch so  
7 sehen. Unsere moderne Wirtschaftspolitik eröffnet Chancen für  
8 Wachstum und Beschäftigung und überwindet bestehende Blockaden.

9

10 Genauso so wie hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
11 braucht unsere Wirtschaft eine sichere Energieversorgung, eine  
12 leistungsfähige Logistik und die verschiedensten Rohstoffe, um auf dem  
13 Weltmarkt zu bestehen. Politik muss hier einen guten Rahmen setzen.  
14 Wir werden die notwendige Infrastruktur zum Erhalt und Ausbau des  
15 Industriestandorts NRW unter sozialen, ökonomischen und  
16 ökologischen Aspekten nachhaltig neu definieren. So können wir eine  
17 wirksamere industriepolitische Allianz schmieden. Wir werden das  
18 Planungsrecht und die Genehmigungspraxis in NRW modernisieren.  
19 Wir müssen eine neue Vertrauensbasis für industrielle Großprojekte  
20 schaffen, nur dann besteht die Chance zur praktischen Umsetzung des  
21 faktisch Notwendigen. Eine gute und leistungsfähige Verwaltung ist als  
22 verlässlicher Partner für Investoren und Anwohner unverzichtbar. Die  
23 staatliche Umweltverwaltung muss wieder in die Lage versetzt werden,  
24 in Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz zu entscheiden,  
25 einheitlich in ganz NRW. Bei allen Planungsphasen und auf allen  
26 Entscheidungsebenen brauchen wir ein Höchstmaß an Transparenz  
27 nach dem verlässlichen Grundsatz: Wir machen aus Betroffenen  
28 Beteiligte.

29

30 Die Wirtschaft in NRW ist so vielfältig wie das Land. Arbeitgeber und  
31 Arbeitnehmer schaffen gemeinsam Werte und sichern Arbeitsplätze, ob  
32 in großen oder kleinen Unternehmen, in Industrie oder Dienstung, im  
33 Handwerk, in der Privatwirtschaft oder unseren Stadtwerken. Wir lassen  
34 nicht zu, dass sie gegeneinander ausgespielt werden. Wir werden den

1 Mittelstand unterstützen, ohne die Großindustrie zu vernachlässigen.  
2 Wir werden die Stadtwerke und das Handwerk fördern. Die  
3 regionalisierte Strukturpolitik stärken wir über eine bessere Verzahnung  
4 im Förderdreieck Brüssel, Berlin, Düsseldorf.

5  
6 Die Mittel wollen wir dort einsetzen, wo der Problemdruck am größten  
7 ist. Wir wollen erreichen, dass zukünftig die Mittelvergabe  
8 unbürokratischer, transparenter, schneller und gerechter erfolgt als in  
9 den von der Regierung Rüttgers eingeführten bürokratischen Verfahren.  
10 Deshalb werden wir auch neue Lösungen zur Finanzierung von  
11 Eigenanteile bei Kommunen mit Nothaushalt anbieten.

12

### 13 ***Fortschrittsmotor Klimaschutz***

14

15 Statistisch produziert jeder Deutsche zehnmal mehr CO<sub>2</sub> als ein Inder  
16 und immer noch doppelt so viel als ein Chinese. Weltweit hat jeder  
17 Mensch unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe und Einkommen  
18 dasselbe Recht auf eine gute Entwicklung seiner persönlichen  
19 Lebensverhältnisse. Wir müssen feststellen, dass die Emissionen in  
20 Entwicklungs- und Schwellenländern zunächst noch steigen werden.  
21 Trotzdem müssen die Industrieländer ihre Emissionen bis 2020  
22 gemeinsam um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren und  
23 danach bis 2050 eine Absenkung um 80 bis 95 Prozent erreichen.  
24 Deutschland will aber bis 2020 seine Gesamtemissionen im Vergleich  
25 zu 1990 um 40 % senken. Da NRW für ca. 38 % der bundesweiten  
26 CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich ist, müssen wir beim Klimaschutz  
27 Vorreiter werden. Ohne NRW kann Deutschland seine Klimaschutzziele  
28 nicht erreichen. Die letzten Jahre waren aber für den Klimaschutz  
29 verlorene Jahre: In NRW sind von 2005 bis 2007 die CO<sub>2</sub>-Emissionen  
30 um ca. 2,4 % gestiegen. Diesen Trend werden wir entschlossen  
31 umkehren.

32

33 In Nordrhein-Westfalen werden wir beweisen: Fortschritt entsteht, wenn  
34 wir die Herausforderungen des Klimaschutzes beherzt meistern. Die

1 SPD hat schon einmal gezeigt, dass "Der blaue Himmel über der Ruhr"  
2 erreicht werden kann. Jetzt gehen wir den nächsten Schritt: wir machen  
3 aus dem Ruhrgebiet eine Öko-Region, in der für Kohle, Stahl und  
4 Chemie Platz ist. Wir machen ganz NRW zum europäischen Zentrum  
5 des **Fortschrittmotors Klimaschutz**. Wir nutzen die  
6 Herausforderungen des Klimawandels als Antrieb für eine neue  
7 wirtschaftliche Dynamik und für die soziale Gestaltung des weiteren  
8 Strukturwandels.

9

10 Wir wollen, dass das 21. Jahrhundert für alle Menschen eine gute  
11 Zukunft bereit hält und sich die Lebensqualität verbessert. Dazu ist  
12 verantwortungsvolle Klimapolitik notwendig. Sie ist zu einer sozialen  
13 Frage geworden, weil viele Menschen durch hohe Energiepreise  
14 belastet sind und die Menschen mit kleinen Einkommen die  
15 Auswirkungen des Klimawandels am stärksten spüren.

16

17 Verantwortungsvolle Politik ermöglicht es allen Menschen, am  
18 Klimaschutz mitzuwirken und möglichst wenig von der teurer  
19 werdenden Energie zu verbrauchen. Klimaschutz und wirtschaftlicher  
20 Erfolg sind in der betrieblichen Praxis schon lange kein Gegensatz  
21 mehr. Wir in Nordrhein-Westfalen verstehen den Klimaschutz als einen  
22 Fortschrittmotor für eine starke Wirtschaft, weil er Ökonomie, Ökologie  
23 und soziale Gerechtigkeit beispielhaft verbinden kann.

24

### 25 **Leitmärkte für ökologische Industriepolitik**

26

27 Die neue Landesregierung wird ein für die Zukunft des Landes so  
28 entscheidendes Projekt wie die ökologische Industrialisierung  
29 nicht allein den Märkten überlassen. Seine Notwendigkeit und  
30 seine Perspektiven ergeben sich ja gerade aus den historischen  
31 Ausmaßen des Marktversagens. Eben weil die Märkte von sich  
32 aus unfähig waren, bei der Entwicklung neuer Technologien die  
33 ökologischen Interessen in Rechnung zu stellen, kann die  
34 Ökologisierung der Industrie nur ein politisches Projekt sein. Sie

1 kann freilich auch nicht gegen die Märkte zum Erfolg geführt  
2 werden, sondern nur mit den Märkten. Aber nicht indem sie den  
3 Märkten hinterherhinkt, sondern indem sie die  
4 Rahmenbedingungen und die politischen Impulse so setzt, dass  
5 die Märkte der Politik folgen. Der Staat geht als Pionier der  
6 Entwicklung voraus und setzt seine Daten in die Märkte hinein.

7

8 Das ist die Strategie der ökologischen Leitmärkte. Sie müssen  
9 einer Logik der Spezialisierung folgen, die bei dem beginnt, was  
10 unser Land jetzt und künftig am besten kann.

11

12 Effizienztechnologie, Solarenergie, CO<sub>2</sub>-freie Kohleverbrennung,  
13 umweltgerechte Mobilitätstechnologien sind Technikfelder, auf  
14 denen revolutionäre Fortschritte absehbar sind, die unsere eigene  
15 Industriebasis voranbringen und zukunftsfest machen und  
16 gleichzeitig Arbeitsplätze bei uns sicher machen. Sie sichern  
17 unserem Land für lange Zeit Exportchancen gerade in den  
18 Bereichen, deren Wachstum auf den Weltmärkten gewährleistet  
19 ist.

20

21 Dabei handelt es sich aber auch um Technologien, bei denen es  
22 in unserem eigenen Interesse darauf ankommt, für rasche  
23 weltweite Verbreitung zu sorgen, damit Umwelt und Weltklima  
24 sicher bleiben.

25

26

### 27 **Sofortprogramm Klimaschutz**

28

29 Die schwarz-gelbe Landesregierung bremst beim Klimaschutz. Sie  
30 verspielt die Zukunft unseres Landes. In einer neuen Landesregierung  
31 mit Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin werden wir ein  
32 Sofortprogramm für NRW mit folgenden Maßnahmen umsetzen:

33

- 1 1. Wir werden unsere Energie zukunftsfest machen und mit Hilfe  
2 von effizienten Technologien den **Einsatz von Energie und**  
3 **Rohstoffen drastisch senken**. Wir wollen die Akzeptanz der  
4 Menschen für die industrielle Produktion zurück gewinnen und  
5 dauerhaft stärken.
- 6 2. Wir halten in NRW am **Atomausstieg** fest. Längere Laufzeiten  
7 sind ein Investitionshemmnis für unser Land, weil sie den  
8 Ausbau der erneuerbaren Energie massiv gefährden und eine  
9 Modernisierung von Kraftwerksparkes verhindern. Wir werden  
10 auch keinen Neubau von Atomkraftwerken in NRW zulassen.
- 11 3. Wir werden unsere Abhängigkeit von Energieexporten  
12 verringern. Der Import von Öl, Gas, Kohle und Uran kostet uns  
13 viele Milliarden Euro jährlich. Deshalb müssen wir durch  
14 Einsparungen den Energiebedarf senken und wo immer es  
15 möglich ist, **konsequent auf heimische Energien** setzen, die  
16 die Wertschöpfung bei uns in NRW sichern. Arbeitsplätze  
17 entstehen durch heimischen Bergbau, eigene Kraftwerke oder  
18 die Nutzung von Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse. Wir  
19 wollen stark steigende Anteile der regenerativen Energien.  
20 Daneben sichert es uns ab, wenn wir die heimische Braunkohle  
21 weiter planmäßig abbauen und den Sockelbergbau in der  
22 Steinkohle weiter erhalten.
- 23 4. Wir werden den **Stromverbrauch senken** und suchen dazu den  
24 Dialog mit Energieversorgern, Städten und Gemeinden,  
25 Verbraucherzentralen und Energieagentur. Wir wollen den  
26 Menschen beim Strom sparen helfen und dazu alle  
27 Möglichkeiten nutzen, z.B. auch neue Finanzierungsmodelle für  
28 sparsamere Elektrogeräte wie Kühlschränke oder  
29 Waschmaschinen.
- 30 5. Wir organisieren den **Durchbruch der erneuerbaren Energien**  
31 in NRW. Derzeit liegen wir im Vergleich der Bundesländer auf  
32 einem beschämenden 12. Platz. Jetzt gilt es, Hemmnisse für den  
33 Ausbau erneuerbarer Energien abzubauen. Dazu werden wir ein  
34 Programm „**1 Million Dächer Solarthermie**“ auflegen. Alte,

- 1 ineffiziente und laute Windräder wollen wir durch leisere und  
2 leistungsfähigere Anlagen ersetzen. Wir werden deshalb dem  
3 Repowering von Windenergieanlagen in NRW zum  
4 Durchbruch verhelfen und Hemmnisse des Windkraftausbaus  
5 beseitigen.
- 6 6. Wir werden **hocheffiziente und klimafreundliche**  
7 **Kohlekraftwerke** fördern. Deshalb sollen diejenigen Zuschüsse  
8 aus den Einnahmen des Emissionshandels erhalten können, die  
9 in neue hocheffiziente Kraftwerke, weitestgehend mit Kraft-  
10 Wärme-Kopplung, investieren. Nur eine saubere Kohlenutzung  
11 ist eine sinnvolle Kohlenutzung. Wir werden ein Fern- und  
12 Nahwärmeprogramm für NRW auflegen, weil heute zuviel Strom  
13 in Kraftwerken erzeugt wird, die Wärme ungenutzt an die  
14 Umgebung abgeben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alte  
15 ineffiziente Kraftwerke schnell abgeschaltet werden und in NRW  
16 die Technik der Abscheidung von Kohlendioxid weiter forciert  
17 wird.
- 18 7. Wir werden unsere **Stadtwerke stärken**. Wir wollen nicht, dass  
19 der Energiemarkt von den vier großen Energieversorgern  
20 beherrscht wird. Deshalb werden wir den Stadtwerken  
21 ermöglichen, sich wieder breit im Energiemarkt zu betätigen und  
22 damit den Wettbewerb zu stärken. Dazu werden wir den § 107  
23 der Gemeindeordnung ändern.
- 24 8. Wir werden in NRW den Ausbau von **sauberer Elektromobilität**  
25 in Verbindung mit Erneuerbaren Energien im Dialog mit den  
26 Kommunen voranbringen. Von den modernen PKW-Konzepten  
27 sind im Bereich der Elektromobilität in den nächsten Jahren die  
28 größten Fortschritte zu erwarten. Deshalb werden wir an Rhein  
29 und Ruhr im Dialog mit Autoindustrie, Energiewirtschaft und  
30 Forschung Stromtankstellen einrichten.
- 31 9. Wir werden in NRW mit einem Investitionsprogramm Anreize  
32 schaffen, **öffentliche Gebäude und private Wohnhäuser**  
33 **energetisch zu sanieren**.

1 10. Wir werden ein kommunales Konzept für die Förderung von sog.  
2 Zero-Emission-Cities entwickeln, um Städten mit einer passiven  
3 Energiebilanz zu schaffen.

4 11. Wir richten eine **Zukunftswerkstatt „Fortschrittmotor**  
5 **Klimaschutz“** ein. In dieser Zukunftswerkstatt arbeiten  
6 Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammen. Hier  
7 wird auch die Grundlage für neue Ausbildungsberufe gelegt.  
8 Höhepunkt für Nordrhein-Westfalen ist eine **internationale**  
9 **Weltausstellung "EXPO Fortschrittmotor Klimaschutz"** Hier  
10 werden die Projekte aus der Zukunftswerkstatt gebündelt und mit  
11 bereits vorhandenen richtungsweisenden Projekten in NRW (z.  
12 B. Blauer Turm Herten) zur Expo gebracht. Wir wollen die  
13 "EXPO Fortschrittmotor Klimaschutz" bis 2011 beantragen und  
14 2015/2016 durchführen.

15 12. Der Fortschrittmotor Klimaschutz ist Regierungsauftrag. Als  
16 Regierung richten wir ein **"Klimakabinett"** ein, das innerhalb der  
17 Landesregierung alle neuen Chancen des Klimaschutzes  
18 bündelt. Im Landtag richten wir einen entsprechenden  
19 **Sonderausschuss „Klimaschutz“** ein.

20

## 21 **Innovative Politik für eine gute Zukunft**

22

23 Wir werden eine Innovationsoffensive für NRW starten und damit im  
24 Umfeld von Wachstumsbranchen den gezielten Ausbau und die  
25 Stärkung landesweiter Netzwerke zwischen Unternehmen,  
26 Hochschulen und Forschungseinrichtungen initiieren. Wir wollen den  
27 Brückenschlag zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen,  
28 dem Handwerk und der Forschung erleichtern. Durch gezielte  
29 Förderung, z.B. in Form des Beratungs- und Innovationsschecks sollen  
30 solche Unternehmen bei Forschungseinrichtungen oder Hochschulen  
31 Unterstützung auf dem Weg zu neuen Produkten oder  
32 Prozessinnovationen durch Beratung erhalten. Der Beratungsscheck  
33 soll die Hälfte der Forschungs- und Entwicklungskosten bei einer  
34 Höchstförderung von 15.000 Euro abdecken.

## 1 **Mittelständische Unternehmen und Handwerk als** 2 **Beschäftigungsmotor**

3

4 Wir stehen für eine mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik. Wir  
5 wissen: Das Handwerk ist eine wichtige Säule unseres Mittelstandes.  
6 Handwerk ist Vielfalt und Dienst am Menschen und an der Gesundheit,  
7 High Tech und künstlerisches Gestalten. Handwerk - das sind in  
8 Nordrhein-Westfalen 100 Milliarden Euro Umsatz und über eine Million  
9 Arbeitsplätze. Und das Handwerk war stets ein Ausbildungsmotor der  
10 Wirtschaft. Unser Konzept "Gutes Handwerk" sorgt für finanzielle,  
11 steuerliche und Beratungs-Hilfestellungen. Wir schaffen optimale  
12 Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg und soziale  
13 Verantwortung der Handwerksbetriebe.

14

15 CDU und FDP versuchen, das organisierte Handwerk in unserem Land  
16 ideologisch zu missbrauchen. Handwerk braucht praktische Hilfe und  
17 keine ideologische Nachhilfe. Wir setzen auf praktische Hilfen und  
18 ehrliche Partnerschaft. Wir werden die Rahmenbedingungen für kleine  
19 und mittelständische Unternehmen und das Handwerk optimieren.  
20 Dabei gilt es, Innovationsprozesse aktiv zu unterstützen und  
21 Wissenschaft und Unternehmen zusammen zu bringen. Mit der  
22 Einrichtung von Gründerzentren wollen wir eine zielgerichtete  
23 Strukturentwicklung von Regionen beschleunigen und ein besseres  
24 Gründungsklima erzeugen. Gerade für kleine und mittelständische  
25 Unternehmen sind konkrete Hilfen beim Innovationsmanagement wie  
26 z.B. dem Verwerten von Patenten sinnvoll. Eine  
27 Qualifizierungsoffensive für Fachkräfte wird das Handwerk und die  
28 mittelständischen Unternehmen in ihren Ausbildungsbemühungen  
29 unterstützen. Dazu gehört insbesondere die Öffnung der  
30 Fachhochschulen für berufliche Praktiker.

31

32 Wir stehen für die ortsnahe Vergabe öffentlicher Aufträge, wo immer  
33 dies möglich ist. In der Bundesregierung haben wir die steuerliche  
34 Absetzbarkeit von Handwerksleistungen durchgesetzt. Wir halten am

1 System der öffentlichen Banken und Sparkassen auch fest, um die  
2 Kreditversorgung für Mittelstand und Handwerk sicher zu stellen.

3

4 Kreditversorgung und qualifizierter Nachwuchs sind für kleine und  
5 mittelständische Unternehmen von besonderer Bedeutung. Beides ist  
6 nur sichergestellt, wenn die öffentliche Hand stark ist. Das bestmögliche  
7 Schul- und Hochschulangebot macht den Mittelstand zukunftssicher.

8

9 Wir werden wieder einen Mittelstandsbeauftragten einsetzen, um die  
10 Belange der kleinen und mittleren Unternehmen ausreichend zu  
11 berücksichtigen und einen kontinuierlichen Mittelstands-Dialog im  
12 Wirtschaftsministerium etablieren.

13

14 Wir setzen auf eine neue Unternehmenskultur in NRW, die soziale  
15 Verantwortung und Leistungsstolz verknüpft und als Markenzeichen  
16 zum Gegenpol einer Mentalität der Gier macht. Im Bundesrat werden  
17 wir uns für klare Regeln und Begrenzungen von Gehältern,  
18 Bonuszahlungen und Abfindungen von Managern einsetzen.

19

20 **Umwelt, Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören für uns**

21 **zusammen**

22

23 Wir haben in NRW die besondere Situation, dass Natur und industrielle  
24 Produktion in enger Nachbarschaft liegen. Dadurch ergeben sich  
25 zwangsläufige Interessenunterschiede zwischen Ökonomie und  
26 Ökologie. Diese macht sich z.B. am Flächenverbrauch oder bei der  
27 Nutzung des Wassers bemerkbar. Die politische Aufgabe besteht darin,  
28 gesellschaftlich tragfähige Konsense zu finden, die Beschäftigung  
29 sichern, die Umwelt schützen und eine nachhaltige Entwicklung der  
30 natürlichen Lebensräume erzielen. Dazu wollen wir eine  
31 Umweltverwaltung so stärken, dass sie wieder in der Lage ist, Rechte  
32 durchzusetzen und Gesetze zu vollziehen und deren Anwendung zu  
33 kontrollieren.

34

### 1 *Lärm und Feinstaub reduzieren*

2 Feinstaub verursacht schwere Gesundheitsschäden und ein Ansteigen  
3 der Sterblichkeitsrate infolge von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und  
4 Lungenkrebs. Durch Feinstaub wird die durchschnittliche Lebenszeit  
5 verkürzt. Die geltenden Grenzwerte der Feinstaubbelastung werden in  
6 verkehrsreichen Straßen immer wieder überschritten. Kommunen und  
7 Länder, in denen diese Werte nicht eingehalten werden konnten, haben  
8 inzwischen Luftreinhalte- und Aktionspläne erarbeitet. Die SPD setzt  
9 sich für ein Konzept "Lärm- und Feinstaub reduzieren - Gesundheit  
10 schützen" ein. Die SPD will

- 11 • ein Lärmsanierungsprogramm auf der Landesebene, das Lärm  
12 von Flugzeugen, Fahrzeugen und von der Schiene konsequent  
13 eindämmt,
- 14 • eine nach Schadstoffausstoß und Uhrzeit gestaffelte LKW-Maut.  
15 Wir wollen endlich eine KFZ-Steuer, die ausschließlich an den  
16 Schadstoffausstoß gekoppelt ist,
- 17 • eine weitere Senkung der Emissionen aus Feuerungs- und  
18 Industrieanlagen.
- 19 • klare Regeln für Umweltzonen in NRW, denn dieser  
20 Umweltschutz ist Gesundheitsschutz für die Menschen in den  
21 betroffenen Regionen,
- 22 • eine bessere Unterstützung der Kommunen bei der Bekämpfung  
23 von Feinstaub
- 24 • die Weiterentwicklung und Stärkung des ÖPNV unterstützen.

25

### 26 **NRW als Wasserland Nr. 1 stärken - Masterplan Wasser NRW** 27 **umsetzen**

28 Sauberes Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel und für jeden  
29 Menschen unverzichtbar. Die Menschen haben ein Recht auf sauberes  
30 und gesundes Trinkwasser. Nordrhein-Westfalen verfügt über  
31 zahlreiche Wasservorkommen. Trotz hoher Siedlungsdichte und der  
32 industriell geprägten Wirtschaft verfügen 18 Millionen Menschen über  
33 eine sichere Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung. Die  
34 Trinkwasserversorger und Abwasserentsorger gewährleisten dies

1 bislang auf höchstem Niveau. Trotzdem muss die Ressource Wasser  
2 kontinuierlich vor Verunreinigungen geschützt werden. Dabei müssen  
3 beispielsweise den Herausforderungen des demografischen Wandels  
4 ebenso Rechnung getragen werden wie den Veränderungen durch den  
5 Klimawandel.

6

7 Unsere Gewässer prägen sowohl die nordrhein-westfälischen Natur- als  
8 auch die Kulturlandschaft. Sie dienen vielen Tieren und Pflanzen als  
9 Lebensräume und bieten vielerorts Naherholungsmöglichkeiten – das  
10 ist gerade in so einer dicht besiedelten Region wie NRW sehr wichtig.  
11 Die Belange von Mensch und Tourismusbranche müssen dabei im  
12 Einklang mit Umweltgesichtspunkten stehen. Von der Politik gesetzte  
13 hohe Standards haben die stetige Weiterentwicklung effizienter und  
14 umweltschonender Technologien forciert.

15

16 Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Masterplan Wasser beschlossen,  
17 der die wesentlichen Herausforderungen und Handlungsfelder benennt.  
18 Die SPD setzt sich dafür ein, NRW dauerhaft zum Wasserland Nr. 1 zu  
19 machen.

20 Schwerpunkte müssen dabei auf folgende Bereiche gesetzt werden:

21 • **Wasserforschung und Energiegewinnung.** Forschung und  
22 Entwicklung sind Motor des Fortschritts auf dem Gebiet der  
23 neuen Technologien in den Bereichen Trinkwasseraufbereitung  
24 und Abwasserbehandlung. Die Kompetenzen müssen  
25 ausgebaut, eine engere Verzahnung untereinander sowie mit der  
26 Wirtschaft gefördert werden. Eine auskömmliche, dauerhafte  
27 Finanzierung muss gewährleistet werden. Gleichzeitig muss in  
28 Zeiten dramatisch steigender Energiekosten und dem Bestreben,  
29 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, jede Möglichkeit zur Nutzung  
30 regenerativer Energien im Wasserbereich geprüft werden. Die  
31 Erforschung vielfältiger Technologien zur Energiegewinnung  
32 etwa im Umfeld von Kläranlagen aber auch zur  
33 gewässerverträglichen Nutzung der Wasserkraft muss forciert  
34 werden.

- 1       • **Trinkwasser/Abwasser.** Wasser ist Lebensmittel Nr. 1 und muss  
2       allen Bürgern in höchster Qualität zur Verfügung stehen. Der  
3       Einsatz entsprechender Technologien ist ebenso Voraussetzung  
4       wie ständige, kompetente Überwachung der Wasserqualität.  
5       Gleichzeitig muss der verantwortungsvolle, schonende Umgang  
6       mit der Ressource Wasser gewährleistet und der Eintrag von  
7       schädlichen Spurenstoffen minimiert werden. Die bestehende  
8       Infrastruktur muss daher in Stand gehalten bzw. an die sich  
9       verändernden Rahmenbedingungen angepasst werden. Die  
10      öffentliche Abwasserbeseitigung in NRW ist vorbildlich. Eine  
11      Privatisierung dieser wichtigen öffentlichen Aufgabe lehnen wir  
12      ab.
- 13     • **Gewässerökologie und Freizeit.** Die nordrhein-westfälischen  
14      Gewässer dienen vielen Bürgern für Naherholung oder auch  
15      sportliche Betätigung. Gleichzeitig sind sie Lebensraum  
16      verschiedenster Tier- und Pflanzenarten und bedürfen eines  
17      entsprechenden Schutzes. Die Interessen von Mensch und  
18      Natur müssen in ein entsprechendes Gleichgewicht gesetzt  
19      werden.

20

### 21 **Boden schützen und Flächenverbrauch reduzieren**

22      Der Boden stellt eine unvermehrbar und unverzichtbaren  
23      Lebensfaktor dar. Er ist grundlegend für die landwirtschaftliche  
24      Produktion, er ist ein wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher und als Freifläche wichtig  
25      für die Erholung der Menschen - dies gilt insbesondere für eine dicht  
26      besiedelte Region wie NRW. Der Schutz des Bodens gewinnt mit Blick  
27      auf die Ressourcenknappheit, den Erhalt der Biodiversität und der  
28      zukünftigen landwirtschaftlichen Produktion eine wachsende  
29      Bedeutung.

30      Durch die Versiegelung des Bodens und die Zerschneidung der  
31      Landschaft geht täglich dauerhaft natürlichen Bodenfunktionen, wie  
32      auch das Potenzial für Arten und Biotope verloren. Die Folgen sind  
33      langfristig und oftmals irreparabel: Neben der unmittelbaren  
34      Schädigung und dem Verlust fruchtbarer Böden wird der

1 Wasserhaushalt beeinträchtigt, mit der Folge einer wachsenden  
2 Hochwassergefahr und einer gestörten Grundwasserneubildung.  
3 Biotope werden geschädigt oder zerstört, Landschaften werden  
4 zerschnitten, viele Wälder sowie agrarisch genutzte Ökosysteme sind  
5 nicht mehr oder nur noch eingeschränkt als Lebensraum für Tiere mit  
6 größeren Aktionsradien tauglich. Die verloren gehenden Äcker, Wiesen  
7 und Wälder fehlen nicht nur den Landwirten als Produktionsgrundlage,  
8 sondern sie werden zu großen Teilen versiegelt und können ihre  
9 Funktion im Umwelthaushalt nicht mehr erfüllen. Für den Menschen  
10 gehen wichtige Erholungsräume und Kulturlandschaften verloren. Diese  
11 prägen auch das Bild von Heimat und stellen so auch eine große  
12 emotionale und soziale Bedeutung dar.

13

14 Die SPD setzt sich dabei dafür für ein, in NRW den Flächenverbrauch  
15 drastisch zu senken. Wir wollen weniger Flächen verbrauchen und die  
16 Zerschneidung von Landschaften minimieren. Dazu brauchen wir ein  
17 gezieltes Umsetzungsprogramm für NRW mit klaren Zielen und  
18 Maßnahmen. Kernpunkte sollten sein:

- 19 • Weitere Umsetzung der Maßnahmen, die bereits im  
20 Klimaschutzkonzept der SPD-geführten Landesregierung für die  
21 Siedlungs- und Landschaftsplanung festgelegt worden sind.
- 22 • Eine Stärkung der Städtebauförderung mit dem Ziel, die  
23 Wohnumfeldqualität in bestehenden Siedlungen spürbar zu  
24 verbessern.
- 25 • Eine verstärkte Ausrichtung aller Wirtschafts- und  
26 Agrarförderprogramme auf die Nutzung bestehender Siedlungen  
27 sowie die Wiedernutzung innerörtlicher Brachflächen und  
28 Baulücken.
- 29 • Eine weitere Förderung der Aufarbeitung von Industriebrachen.
- 30 • Eine Reform des Systems der Kommunalfinanzen, um Anreize zur  
31 weiteren Ausweisung von Siedlungsflächen zu dämpfen und  
32 stattdessen die ökologische Aufwertung von Flächen zu  
33 honorieren.
- 34 • Eine Unterstützung aller Kommunen bei der Abschätzung der

1           Kostenentwicklung von Wohnungsgebieten wie sie vom Institut  
2           für Landes- und Stadtentwicklungsforschung mit dem Projekt  
3           LEANkom entwickelt wurde.

- 4           • Die Agrarpolitik des Landes muss Leistungen der Landwirtschaft  
5           zur Erhaltung der Kulturlandschaft fördern. Durch konkrete  
6           Zielvereinbarungen soll auch in NRW verstärkt der Bodenschutz  
7           und die Artenvielfalt geschützt werden.
- 8           • Eine Unterstützung der Kommunen bei einem Einstellen auf die  
9           demografischen Veränderungen und Flächen schonende  
10          Steuerung des Wettbewerbes um Einwohner.

11

12          Der Naturraum der Senne ist unumstritten der wertvollste Lebensraum  
13          und das artenreichste Naturreservat von Nordrhein-Westfalen. Über  
14          5000 Tier- und Pflanzenarten gibt es auf dem 112 Quadratkilometer  
15          großen Truppenübungsplatz Senne, davon allein über 1000 Arten, die  
16          auf der Roten Liste der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten stehen.

17

18          Wir setzen uns dafür ein, eine noch intensivere militärische Nutzung zu  
19          verhindern. Diese würde das Ökosystem der Senne in erheblichem  
20          Ausmaß schädigen und den Erhaltungszustand entscheidend  
21          verschlechtern.

22

### 23          **Den Tierschutz verbessern**

24          Die SPD hat auf der Bundesebene durchgesetzt, dass der Tierschutz  
25          im Grundgesetz verankert wird. Tierschutz ist uns ein wichtiges  
26          Anliegen. Wir würdigen daher auch das hohe Engagement vieler  
27          Bürgerinnen und Bürger in den Tierschutzverbänden. Dabei stehen vor  
28          allem folgende Maßnahmen im Mittelpunkt: unserer politischen Ziele:

- 29          • Stärkung des Tierschutzes mittels eines Verbandsklagerechts für  
30          Tierschutzorganisationen,
- 31          • Reduzierung der Tierversuche,
- 32          • Bedingungen von Haltung und Transport landwirtschaftlicher  
33          Nutztiere tieregerechter auszugestalten; der von der SPD

1 durchgesetzte Tierschutz-TÜV ist hierfür ein staatliches  
2 Steuerungsinstrument

3

#### 4 **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und Rechte sichern**

5 Spätestens seit der Finanzkrise ist klar: Der Markt allein ist nicht in der  
6 Lage, soziale und ökologische Anforderungen der Gesellschaft zu  
7 regeln. Wir werden dem Markt Schranken setzen und Anreize geben,  
8 damit sozial und ökologisch nachhaltiges Handeln belohnt wird. Für uns  
9 ist aktive Verbraucherpolitik ein zentraler Teil unserer Wirtschaftspolitik.  
10 Wir wollen Verbraucherschutz so gestalten, dass nachhaltig produzierte  
11 Waren und Dienstleistungen zu einer höheren Lebensqualität der  
12 Verbraucherinnen und Verbraucher beitragen, gesundheitliche und  
13 materielle Risiken verringert werden und die gesellschaftliche Teilhabe  
14 auch im Konsum gesichert wird. Die Daten der Verbraucherinnen und  
15 Verbrauchern müssen stärker geschützt werden. Wir stärken die Rechte  
16 von Verbrauchern als Kunden von Waren und Dienstleistungen  
17 jeglicher Art. Gerade vor dem Hintergrund globalisierter Märkte und  
18 neuer Vertriebswege wie Teleshopping und Internet müssen wir die  
19 Information und die Kompetenz der Verbraucherinnen und Verbraucher  
20 verbessern.

21

22 Verbraucherrechte dürfen nicht nur auf dem Papier stehen. Sie müssen  
23 tagtäglich durchgesetzt werden. Ein Schwerpunkt sozialdemokratischer  
24 Arbeit für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es deshalb, Verfahren  
25 und Organisationen zu stärken, damit Verbraucher zu ihrem Recht  
26 kommen. Verbraucherrechte müssen einfach und klar definiert werden,  
27 möglichst ohne Ausnahmen und Sonderregelungen. Die Verbraucher  
28 sollen sich mit Grundwissen und gesundem Menschenverstand im  
29 Geschäftsleben bewegen können, auch ohne ein Jurastudium oder  
30 ständige Rechtsberatung. Es müssen flächendeckend private und  
31 öffentliche Stellen vorhanden und in der Lage sein, die Verbraucher bei  
32 der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen. Der Zugang zu diesen  
33 Stellen muss einfach sein. Wir kämpfen für eine verlässliche  
34 Finanzierung und den flächendeckenden Ausbau der unabhängigen

1 Verbraucherberatung in den Verbraucherzentralen, die oft die erste und  
2 einzige Anlaufstelle für Fragen und Beschwerden sind. Darüber hinaus  
3 soll es unabhängige und für Verbraucher kostenlose  
4 Schlichtungsstellen zum Beispiel für die Bereiche Fahrgastrechte,  
5 Versicherungen oder E-Commerce-Unternehmen geben, die im  
6 Streitfall schnell und unbürokratisch helfen.

7

8 Moderne Verbraucherpolitik muss besonderes Augenmerk auf Kinder  
9 und Jugendliche legen, denn hier offenbart sich ein extremes  
10 Ungleichgewicht der Kräfte. Wirtschaftliche Interessen müssen dem  
11 besonderen Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen  
12 untergeordnet werden. Ihre Gesundheit beeinflusst maßgeblich ihre  
13 Startchancen ins Leben. Hier muss das Vorsorgeprinzip bedingungslos  
14 gelten.

15

16 Bisher verschließt sich die Konsumwelt weitgehend den Bedürfnissen  
17 vieler älterer Menschen und nimmt sie lediglich als sehr  
18 zahlungskräftige Gruppe mit entsprechenden Luxusangeboten in den  
19 Blick. Gleichzeitig hat sich eine Form der Altersdiskriminierung und  
20 Ausgrenzung in unserer Gesellschaft breit gemacht, beispielsweise bei  
21 der Bewertung der Kreditwürdigkeit oder bei der Leserlichkeit des  
22 „Kleingedruckten“ auf der Verpackung. Dies ist für uns inakzeptabel!  
23 Ältere Menschen brauchen mehr Hilfestellung im Umgang mit den für  
24 sie teilweise neuen Gepflogenheiten im Geschäftsverkehr. Sie müssen  
25 die Möglichkeit bekommen, diesen Wandel zu bewältigen und in den  
26 Genuss von Vorteilen, wie günstiger Internetangebote, zu gelangen.

27

28 Wenn circa 80 Prozent der Verbraucher Gentechnik in Lebensmitteln  
29 ablehnen, ist dies ein klares Votum. Wir in der SPD nehmen diese  
30 Ängste und Bedenken der Menschen im Umgang mit gentechnisch  
31 veränderten Organismen ernst. Mit der Einführung der neuen „Ohne  
32 Gentechnik“-Kennzeichnung auf der Bundesebene hat die SPD echte  
33 Wahlfreiheit geschaffen. Verbraucher und Verbraucherinnen können  
34 nun gezielt nachfragen und die gentechnikfreie Wirtschaft unterstützen.

1 Wir wollen auch eine Änderung des europäischen Rechts, damit die  
2 verbindliche Einrichtung gentechnikfreier Regionen möglich wird.

3

4 Wir wollen den Verbraucherschutz so gestalten, dass

- 5 • nachhaltig produzierte Waren und Dienstleistungen zu einer
- 6 höheren Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher
- 7 beitragen,
- 8 • gesundheitliche und materielle Risiken verringert werden,
- 9 • gesellschaftliche Teilhabe auch im Konsum gesichert wird,
- 10 • die Menschen die Befähigung erlangen, planvoll mit Geld
- 11 umgehen zu können,
- 12 • der fairer Zugang zur unabhängigen Beratung gesichert ist,
- 13 • Daten der Verbraucher stärker geschützt werden,
- 14 • faire Zugangschancen zu den Märkten öffentlicher Güter
- 15 bestehen,
- 16 • mehr Arbeitsplätze zu sozial und ökologisch verträglichen
- 17 Bedingungen entstehen.

18

## 19 **Verkehrspolitik**

20

21 Mobilität ist essenziell für jeden Menschen. Die Verkehrspolitik ist eine  
22 Querschnittsaufgabe. Die Bereiche Arbeit, Wirtschaft, Umwelt und  
23 Soziales sind gleichermaßen von verkehrspolitischen Fragestellungen  
24 betroffen.

25

26 Verkehrswege sichern das Zusammenleben der Menschen und sind die  
27 Lebensadern unserer Wirtschaft. Kein Bundesland ist so vom  
28 Funktionieren der verkehrlichen Infrastruktur abhängig, wie Nordrhein-  
29 Westfalen. Insbesondere dann, wenn der Verkehr gestört ist, merken  
30 wir, wie notwendig eine gut ausgebaute funktionierende  
31 Verkehrsinfrastruktur ist.

32

33 Staus verursachen in der Bundesrepublik Deutschland jährlich direkte  
34 und indirekte Kosten von 25 bis 100 Milliarden Euro. Staus sind

1 volkswirtschaftlich schädlich, sie nerven und gefährden  
2 Verkehrsteilnehmer und die Umwelt.

3

4 Ein Umsteuern ist nötig. Man muss das Umsteuern wollen. Das heißt:  
5 Konsequente Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und  
6 die Wasserstraße. Dies betrifft gleichermaßen den Personenverkehr  
7 wie den Frachtverkehr.

8

9 Dabei wissen wir angesichts von prognostizierten  
10 Verkehrssteigerungen für den Zeitraum 2005 bis 2025 von 75 Prozent  
11 um die Begrenztheit der Kapazitäten auf allen Verkehrsträgern. Umso  
12 nötiger ist die effiziente Nutzung der Möglichkeiten aller Verkehrsträger.  
13 Die Wasserstraße bietet die meisten Kapazitäten, ihr folgt die Schiene.  
14 Besonders im westlichen Teil unseres Landes und im Ruhrgebiet haben  
15 wir die Belastungsgrenze der Straße längst überschritten.

16

17 Wir werden Straßen nur dort ausbauen, wo sie sinnvoll sind.  
18 Ortsumgehungen, Lückenschlüsse und der Ausbau von Autobahnen  
19 können zur Verkehrsvermeidung und Entlastung von Anwohnern  
20 beitragen.

21

22 Den Radverkehr wollen wir fördern. Er soll eine echte Alternative zum  
23 Auto nicht nur in der Freizeit, sondern auch im Berufsverkehr werden.  
24 Die Radverkehrspolitik der Stadt Münster kann als Vorbild auch für  
25 andere Städte in unserem Land dienen. Wir wollen ein  
26 Radverkehrsnetz NRW das gleichermaßen beruflichen, touristischen  
27 und sportlichen Anforderungen gerecht wird.

28

29 Wir werden die Forschung und Einführung von alternativen Antrieben  
30 und alternativen Treibstoffen unterstützen. Eine starke Rolle wird dabei  
31 die Elektromobilität spielen. Die benötigte Energie dafür soll aus  
32 erneuerbaren Quellen stammen.

33

1 Wir brauchen einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr. Busse  
2 und Bahnen müssen pünktlich, sauber und sicher sein. Unsere  
3 Einwohner müssen diese gerne benutzen wollen und als echte  
4 Alternative zum PKW begreifen.

5

6 Jeder, der Busse und Bahnen nutzt, hilft damit der Umwelt. Verglichen  
7 mit einem PKW-Fahrer verursacht der Nutzer von Bussen und Bahnen  
8 weniger volkswirtschaftliche Kosten.

9

10 Die Kürzungen der schwarz-gelben Landesregierung bei Bussen und  
11 Bahnen werden wir zurücknehmen. Anfangen werden wir mit der  
12 Heraufsetzung der so genannten Schülerbeförderungstage, die für die  
13 Aufrechterhaltung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)  
14 insbesondere in ländlichen Gebieten wichtig ist.

15

16 Wir werden die Einführung einer Landesgesellschaft Öffentlicher  
17 Personennahverkehr prüfen. Diese könnte die Interessen der  
18 regionalen Verkehrsverbände bündeln, um gegenüber externen  
19 Verhandlungspartnern wie der Deutschen Bahn stärker auftreten zu  
20 können.

21

22 Mobilität ist ein Grundrecht. Deshalb werden wir, wie schon bisher, die  
23 Einführung von Sozialtickets unterstützen.

24

25 Wir wollen den Güterverkehr auf der Wasserstraße stärken. Dafür  
26 brauchen wir mit Unterstützung des Bundes einen Ausbau unseres  
27 Kanalnetzes. Wir setzen uns für eine Novellierung des  
28 Hafensicherheitsgesetzes auf Landesebene ein. Die von schwarz-gelb  
29 beabsichtigte Verlagerung von hoheitsrechtlichen Sicherheitsaufgaben  
30 auf private und öffentliche Hafeneigentümer und -betreiber wurde von  
31 uns abgewendet. Wir brauchen wettbewerbsfähige Binnenhäfen und  
32 dürfen sie nicht schädigen. Kommunen sind aufgefordert, nicht  
33 leichtfertig Hafengebiete in Wohngebiete umzuwandeln.

34

1 Den Dreiklang von Wasserstraße, Schiene und Straße wollen wir  
2 fördern.

3

4 Rotterdam ist faktisch der Seehafen Nordrhein-Westfalens. Daher ist  
5 ein Ausbau der Betuwe-Linie dringend nötig. Durch den Bau des dritten  
6 Gleises wird die Wettbewerbsfähigkeit der NRW-Wirtschaft gestärkt.  
7 Gleichzeitig wird so erst die Beseitigung von schienengleichen  
8 Bahnübergängen durch den Bau von Unter- und Überführungen sowie  
9 von Lärmschutz für die anwohnende Bevölkerung ermöglicht. Wir  
10 setzen uns für die weitestgehenden Sicherheitsstandards ein.

11

12 Um einer einseitigen Abhängigkeit durch den Rotterdamer Hafen zu  
13 entgehen und weil der Antwerpener Hafen ein besonders wichtiger ist,  
14 brauchen wir eine leistungsfähige Schienenverkehrsverbindung von  
15 Antwerpen nach NRW. Diese muss zweigleisig und elektrifiziert sein, da  
16 nur so Kapazitäten geschaffen werden, die weiteren LKW-Verkehr  
17 vermeiden helfen. Am ehesten scheint dies eine Schienenverbindung  
18 entlang der A 52 zu gewährleisten. Dieser Meinung sind alle vier  
19 Fraktionen des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Der  
20 Bundesverkehrsminister ist nun aufgefordert, den erklärten Willen des  
21 Parlaments in die Verhandlungen mit den Königreichen Belgien und  
22 Niederlande einzubringen. Die Interessen der Anwohner sind durch die  
23 Beseitigung von schienengleichen Bahnübergängen und Lärmschutz zu  
24 gewährleisten. Ebenfalls ist zu prüfen, ob die Strecke auch für den  
25 Personenverkehr genutzt werden kann.

26

27 Einen Börsengang der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab.

28

29 Luftverkehr

30 Noch immer gilt das Luftverkehrskonzept 2010, das unter der SPD-  
31 geführten Landesregierung ausgearbeitet worden war, unverändert.  
32 Eine Aktualisierung ist geboten. Fluggäste, Beschäftigte, Anwohner und  
33 Investoren müssen wissen, wohin die Reise in der Luftverkehrspolitik  
34 geht. Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir werden das

1 Luftverkehrskonzept 2010 im Dialog mit allen Beteiligten überarbeiten  
2 und weiterentwickeln. Der Grundgedanke des dezentralen Luftverkehrs  
3 für NRW ist und bleibt richtig. Einen Mega-Großflughafen auf der  
4 grünen Wiese lehnen wir ab. Es wird keine Direktsubventionen für  
5 Flughäfen geben. Nachtflug wird es auch weiterhin nur am Flughafen  
6 Köln-Bonn geben. Angestrebt wird, dass der Nachtflug lediglich für  
7 Frachtflüge gestattet wird, für Passagierflüge jedoch nicht mehr  
8 zulässig sein soll.

9

10 Wir wollen Innovationen im Verkehrsbereich voranbringen. Dazu  
11 gehört, dass wir offen auch für ungewöhnliche Lösungen sein wollen.  
12 Dies schließt beispielsweise die Überprüfung von "Cargo-Cap" und  
13 anderer Versuchsreihen auf Alltagstauglichkeit ein.

14

## 1 **V. Solidarische Gesellschaft**

2

3 Niemand, der mit offenen Augen durch NRW geht, kann es übersehen:  
4 Die soziale Not in unserem Land hat deutlich zugenommen, die Armut  
5 wächst. In NRW ist inzwischen jeder Vierte armutsgefährdet. Es macht  
6 uns Sorge, dass der Bedarf an Tafeln, Suppenküchen und  
7 Sozialkaufhäusern in den vergangenen Jahren immer größer geworden  
8 ist. Diese bedrückende Entwicklung lässt uns nicht ruhen. Unser Dank  
9 gilt den vielen Helferinnen und Helfern bei den Kirchen,  
10 Sozialverbänden und privaten Initiativen wie den Tafeln. Soziale  
11 Gerechtigkeit und Solidarität sind Richtschnur und Maxime unseres  
12 politischen Handelns. Wir handeln umfassend, um Armut in NRW  
13 nachhaltig zu bekämpfen. Dazu brauchen wir ein gezieltes  
14 Zusammenwirken von Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Gesundheits- und  
15 Familienpolitik.

16

### 17 **Familie ist da, wo Kinder sind**

18

19 Wir müssen Kinder stark machen, ganz egal ob sie von beiden  
20 Elternteilen, von nur einem Elternteil oder in anderen  
21 Lebenszusammenhängen betreut werden. Dabei gilt insbesondere:  
22 Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Die Förderung der Familien durch  
23 den Staat muss den notwendigen sozialen Ausgleich schaffen. In der  
24 Vergangenheit ist Familienförderung fast ausschließlich fiskalisch über  
25 Kindergeld und Steuerfreibeträge geschehen. Statt in gute Bildungs-  
26 und Betreuungsangebote zu investieren, wurde das Geld vor allem an  
27 die Eltern verteilt. Heute müssen wir erkennen, dass dieses System, vor  
28 allem in Bezug auf die Bildung, Gewinner und Verlierer geschaffen hat.  
29 Nicht alle Kinder haben zuhause die notwendige Unterstützung  
30 bekommen. Wer Familienförderung weiterhin ausschließlich fiskalisch  
31 betrachtet, versündigt sich an künftigen Generationen.

32

33 Wir werden an die Bildungsfragen anders als bisher herangehen und  
34 die Bereiche Soziales, Jugend, Bildung und Familie so

1 zusammenführen, dass sie individuelle und maßgeschneiderte  
2 Lösungen für Kinder und Jugendliche ermöglichen. Eine besondere  
3 Bedeutung haben dabei die Kommunen, die sich zu kommunalen  
4 Verantwortungsgemeinschaften für Kinder und Jugendliche entwickeln  
5 müssen. Dafür benötigen sie die entsprechenden finanziellen  
6 Spielräume.

7

### 8 **Kinderarmut überwinden**

9

10 Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass heute fast jedes vierte Kind  
11 arm ist, weil die Familie von Sozialtransfers abhängt. Das Problem der  
12 Kinderarmut ist nur zu lösen, wenn es gelingt, die Elternarmut zu  
13 bekämpfen. Deshalb werden wir so viele Eltern wie möglich in die Lage  
14 versetzen, den Lebensunterhalt mit eigener Erwerbsarbeit zu  
15 bestreiten.

16

17 Unter einer sozialdemokratischen Landesregierung werden wir zügig  
18 gemeinsam mit den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden ein  
19 Maßnahmenprogramm erarbeiten, um Kinder aus einkommens-  
20 schwachen Familien besonders zu unterstützen.

21

22 Um allen Kindern ein Aufwachsen im Wohlergehen zu ermöglichen,  
23 setzen wir uns für eine eigenständige und bedingungslose  
24 Kindergrundsicherung ein, die sich an altersspezifischen Bedarfen  
25 orientiert. Diese muss zwei Elemente absichern: Das sächliche  
26 Existenzminimum sowie die Aufwendungen für Bildung, Betreuung und  
27 Erziehung.

28 Dabei muss sichergestellt werden, dass die Grundsicherung in vollem  
29 Umfang allen Kindern zur Verfügung steht und in der Summe nicht zu  
30 Verlusten für die Familien führen darf. Darüber hinaus setzen wir uns  
31 für die Wiederaufnahme einmaliger Beihilfen für Kinder ins  
32 Sozialgesetzbuch ein.

1 Der Schlüssel zur langfristigen Bekämpfung von Kinderarmut liegt aber  
2 in einer anderen Bildungspolitik. Statt wie bisher auf direkte  
3 Geldleistungen an die Familien zu setzen, gilt es Familien zielgenau zu  
4 unterstützen. Dazu gehört für uns das flächendeckende Angebot von  
5 Betreuungsplätzen für unter Dreijährige sowie ein gebührenfreies  
6 Bildungssystem von der Kindertagesstätte bis zur Universität. Allein  
7 diese Gebührenfreiheit ermöglicht es allen Kindern, unabhängig vom  
8 Geldbeutel der Eltern, am Bildungssystem teilzuhaben. Daneben  
9 gewährleistet sie, dass Leistungen zielgenau bei den Kindern  
10 ankommen.

11

### 12 **Generationensolidarität stärken. Demografischen Wandel** 13 **gestalten**

14

15 Wir sehen den demografischen Wandel als eine zentrale  
16 Gestaltungsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt  
17 und Querschnittsaufgabe aller Ressorts und aller staatlichen Ebenen  
18 werden muss.

19

20 Der demografische Wandel birgt für die Zukunftsperspektiven  
21 Nordrhein-Westfalens Risiken und Chancen. Grundsätzlich gilt: Nicht  
22 das Altern und der Rückgang der Zahl der Bevölkerung sind die  
23 Probleme. Es kommt darauf an, die ökonomischen, sozialen und  
24 politischen Voraussetzungen zu schaffen, um diese Umbrüche  
25 erfolgreich zu gestalten sind. Daher ist auch nicht das zahlenmäßige  
26 Verhältnis zwischen Jung und Alt die entscheidende Größe für die  
27 Finanzierung des Sozialstaats, sondern die wirtschaftliche  
28 Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft: Eine immer größere  
29 nichterwerbstätige Bevölkerung kann von einer immer kleineren Gruppe  
30 von Erwerbstätigen in dem Maße mitversorgt werden, in dem die  
31 Produktivität steigt. Mehr Senioren und weniger Kinder führen nicht  
32 zwangsläufig zu weniger Wohlstand. Daher konnte auch in der  
33 Vergangenheit der demografische Wandel bei steigendem Wohlstand  
34 und dem Ausbau des Sozialstaats bewältigt werden.

1 Wir werden den demografischen Wandel sozial gerecht gestalten.  
2 Dabei orientieren wir uns an folgenden Leitsätzen:

3

- 4 • Die Menschenwürde älterer Menschen ist in jeder Lebensphase zu  
5 wahren.
- 6 • Seniorinnen und Senioren müssen selbstbestimmt am  
7 gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
- 8 • Soziale Sicherheit im Alter ist die Basis für ein selbstbestimmtes  
9 Leben.
- 10 • Diskriminierungen wegen Alters sind zu überwinden.

11

12 Ältere Menschen – vor allem aber nicht nur – mit sozialen  
13 Benachteiligungen bedürfen spezifischer Maßnahmen, wie z.B. in der  
14 Weiterbildung, um ihre volle Integration in die Gesellschaft zu  
15 gewährleisten.

16

17 Wir werden dafür sorgen, dass alle Menschen im Alter menschenwürdig  
18 leben können. Dies schließt die finanziellen Möglichkeiten zur Führung  
19 eines eigenständigen Haushaltes ebenso ein wie die Mittel zur Teilhabe  
20 am sozialen und kulturellen Leben. Das beitragsfinanzierte Renten-  
21 system muss den gerechtfertigten Anspruch einlösen, für  
22 jahrzehntelange Beitragszahlungen ein Rentenniveau zu garantieren,  
23 das über dem Existenzminimum liegt und den bisherigen  
24 Lebensstandard sichert.

25

26 Eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik geht von differenzierten  
27 Altersbildern aus. Es lassen sich zwei Grundtendenzen beschreiben:  
28 Die „jungen Alten“, die ihre Erwerbsphase gerade abgeschlossen  
29 haben, gesund und mobil sind; die „alten Alten“, die oft Hochaltrigen  
30 und körperlich Eingeschränkten.

31

32 Viele ältere Menschen leben auf dem Land und wollen in ihrer  
33 dörflichen Gemeinschaft bleiben. Kinder und andere  
34 Familienangehörige leben oft nicht mehr am gleichen Ort.

1 Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, soziale und kulturelle Einrichtungen sind  
2 weit weg. Wohnqualität und Mobilitätsangebote hängen eng  
3 zusammen.

4

5 Eine besondere Rolle spielt der soziale Wohnungsbau. Dieser versetzt  
6 die Kommunen in die Lage, selbst auf die Herausforderungen des  
7 demographischen Wandels zu reagieren und nachgefragten Wohnraum  
8 auch anzubieten. Er muss weiterhin gefördert und vor Privatisierung  
9 geschützt werden.

10

11 Von besonderer Bedeutung sind Angebote alternativer Wohnformen in  
12 schon bestehenden kommunalen Wohnquartieren. Existierende soziale  
13 Netzwerke und infrastrukturelle Voraussetzungen stellen die Kontinuität  
14 von Lebensbezügen für die Menschen sicher und ermöglichen ihnen  
15 den Verbleib im vertrauten Umfeld auch bei hohem  
16 Unterstützungsbedarf.

17

18 Bei vielen Älteren ergibt sich nach einem langen und gesunden Leben  
19 eine letzte Lebensphase, in der Versorgung und Betreuung wichtiger  
20 werden. Sozialdemokratische Politik sorgt dafür, dass es ausreichend  
21 Kapazitäten für die Pflege gibt. Dazu gehört, den Beruf der  
22 Altenpflegerin und den Altenpflegers attraktiver zu gestalten und vor  
23 allem jene Formen der ambulanten Pflege besonders zu fördern, die ein  
24 selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung oder im familiären  
25 Umfeld möglich machen, wie es sich die große Mehrheit der Menschen  
26 wünscht.

27

28 Der Anteil der Migrantinnen und Migranten, die auch im Alter hier leben,  
29 steigt ständig. Sie haben einerseits spezifische Probleme; andererseits  
30 treffen sie bestimmte Benachteiligungen im Alter stärker als die  
31 gleichaltrige Gruppe der Einheimischen. Um auf die individuellen  
32 Bedürfnisse der Menschen in jeder Lebensphase besser eingehen zu  
33 können, muss Kultursensibilität als Leitgedanke in allen Planungen

1 einbezogen werden. Besondere Kompetenzen zur gegenseitigen  
2 Unterstützung und Hilfe müssen stärker genutzt und begleitet werden.

3

4 Das Wohnen im Quartier, im Stadtteil, im Dorf, wird mit steigendem  
5 Lebensalter zum Mittelpunkt des Alltags. Nicht zuletzt die Teilhabe und  
6 Mitgestaltung der Bewohnergruppen an der Sozialraumgestaltung ist  
7 von besonderer Bedeutung. Das Bürgerschaftliche Engagement älterer  
8 Menschen steigt stetig. Eine wichtige Rolle spielen hierbei die  
9 Wohlfahrtsverbände und die Seniorenvertretungen in den Städten. Im  
10 Quartier kann auch sichergestellt werden (z.B. über  
11 Quartiersmanager/innen), dass Informations-, Beratungs- und  
12 Hilfsangebote auch tatsächlich bei den Betroffenen ankommen.  
13 Niedrigschwellige Angebote und die Unterstützung ehrenamtlicher Hilfe  
14 können so besser organisiert werden.

15

#### 16 **Das solidarische Gesundheitswesen sichern**

17

18 Unser Ziel ist eine sichere, bezahlbare und zuverlässige  
19 Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-  
20 Westfalen – unabhängig von sozialem Status, Alter, Herkunft und  
21 Geschlecht. Niemandem darf eine erforderliche Behandlung oder  
22 Pflege versagt bleiben, weil er die entstehenden Kosten nicht tragen  
23 kann. Wir stehen für ein solidarisches Gesundheitswesen. Die  
24 gesetzliche Krankenversicherung ist dafür die tragende Säule, die  
25 Umlagefinanzierung ist ein krisenfester Stabilisierungsfaktor bei der  
26 Finanzierung. Wir wollen sie zu einer Bürgerversicherung weiter  
27 entwickeln.

28

29 Wir wollen auch weiterhin eine flächendeckende, bedarfsgerechte und  
30 für jeden ohne Hürden zugängliche medizinische Versorgung  
31 sicherstellen. Dazu nehmen wir alle Verantwortlichen in die Pflicht:  
32 Krankenkassen, Ärzte und ihre Organisationen, alle anderen Medizin-  
33 und Pflegeberufe, Krankenhäuser, die Träger von Pflegestationen und

1 –heimen, die Landschaftsverbände, Apotheker, die Pharma- und  
2 Gerätebranche und auch Bund, Länder und Gemeinden

3

4 Auch in den ländlichen Regionen muss die Basisversorgung durch  
5 Hausärzte und Krankenhäuser gesichert sein. Wir sorgen dafür, dass  
6 die Krankenhausplanung in der Verantwortung des Landes bleibt und  
7 nicht zum Freibrief für Gewinnorientierung wird. Nur so bleibt der  
8 öffentlich-rechtliche Versorgungsauftrag gesichert.

9

10 Wir stellen uns konsequent auf die Seite der Patientinnen und Patienten  
11 und werden alles tun, um eine Zwei-Klassen-Medizin zu verhindern.  
12 Dazu werden wir in NRW das Amt einer Patientenbeauftragten oder  
13 eines Patientenbeauftragten einrichten.

14

15 Wir werden die Patientenrechte weiter stärken und durch ein  
16 unabhängiges Beratungsangebot für die betroffenen Personen  
17 transparenter machen.

18

19 Wir werden Prävention und Gesundheitsförderung stärken. Das beginnt  
20 für uns frühzeitig in den Familien, den Kindertagesstätten und Schulen,  
21 setzt sich aber auch im Wohnumfeld und am Arbeitsplatz fort.

22

23 Suchtverhalten bedroht die Gesundheit und vielfach auch das Leben  
24 von Menschen, gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und  
25 belastet die Volkswirtschaft. Die Gefährlichkeit einer Droge hängt nicht  
26 davon ab, wie sie strafrechtlich einzuordnen ist, sondern vom Ausmaß  
27 des Missbrauchs und dem Grad der Abhängigkeit. Unsere Drogen- und  
28 Suchtpolitik bezieht ausdrücklich legale Suchtstoffe wie Alkohol, Tabak  
29 und Medikamente sowie Spiel- und Internetsucht mit ein. Wir verfolgen  
30 einen Ansatz, der Vorbeugung, Behandlung und rechtliche Fragen  
31 einschließt. Sucht ist eine Krankheit und kein Straftatbestand.

32

33 Wir wollen schon unsere Kinder so stark machen, dass sie der Flucht in  
34 Suchtverhalten nicht zum Opfer fallen. Wir haben erreicht, dass die

1 Verantwortlichen der Suchthilfe gut miteinander vernetzt sind. Die freie  
2 Wohlfahrtspflege hat ein nahezu flächendeckendes Hilfssystem für  
3 Menschen aufgebaut, die von Sucht betroffen sind. Aber seit 2007  
4 werden die Landesmittel im Bereich der Suchtbekämpfung pauschal  
5 den Kommunen zugewiesen, ohne dass Schwerpunkte vereinbart  
6 wurden. Das Land hat sich damit aus der Weiterentwicklung der  
7 Drogen- und Suchtpolitik verabschiedet. Eine von der SPD geführte  
8 Landesregierung wird dafür sorgen, dass gut arbeitende Netze erhalten  
9 bleiben, Ziele definiert und trotz enger finanzieller Ressourcen neue  
10 Angebote entwickelt werden können.

11

12 Psychische Erkrankungen nehmen in unserer Gesellschaft zu.  
13 Trotzdem werden sie vielfach tabuisiert. Nach einer Studie des Robert-  
14 Koch-Instituts zeigt jedes fünfte Kind psychische Auffälligkeiten, jedes  
15 zehnte Kind ist aufgrund von Ängsten, Depressionen, ADHS oder  
16 Störungen des Sozialverhaltens behandlungsbedürftig. Die  
17 Unterversorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist alarmierend.  
18 Nur ein Zehntel der behandlungsbedürftigen Kinder ist angemessen  
19 versorgt, in vielen Regionen gibt es Wartezeiten bis zu einem halben  
20 Jahr. Wir werden hier sofort und entschlossen handeln.

21

22 Das Thema HIV/AIDS hat wieder an Bedeutung und Aktualität  
23 zugenommen. Wir werden Organisationen finanziell fördern, die im  
24 Bereich der Beratung, Begleitung und personalkommunikativen  
25 Prävention unverzichtbar sind. Prävention ist und bleibt die einzige  
26 wirksame Maßnahme zur Verhinderung weiterer Ansteckungen mit HIV.  
27 Wir wirken jeder Diskriminierung und Ausgrenzung von Infizierten und  
28 Erkrankten entgegen.

29

30 Die Gesundheitswirtschaft ist schon heute die beschäftigungsstärkste  
31 Branche in Deutschland. Medizinischer Fortschritt, die Anforderungen  
32 einer älter werdenden Gesellschaft und ein verstärktes  
33 Gesundheitsbewusstsein in weiten Teilen der Gesellschaft sorgen  
34 dafür, dass die Branche auch in Zukunft wachsen wird. Wir werden

1 wichtige Weichenstellungen vornehmen, damit dieses Wachstum  
2 nachhaltig ist. Dazu gehört, jetzt innovative Konzepte umzusetzen und  
3 für genügend qualifiziertes Personal zu sorgen. Die heutige sektorale  
4 und durch Budgets noch verfestigte Abschottung der verschiedenen  
5 Versorgungsbereiche steht einer Weiterentwicklung im Wege.

6

7 Gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und die Vereinbarkeit von  
8 Familie und Beruf haben für uns auch im Gesundheitswesen einen  
9 hohen Stellenwert. Gerade für den wichtigen Dienst am Menschen  
10 muss ein auskömmliches Einkommen selbstverständlich sein. Wir  
11 brauchen gesetzliche Vorgaben, die regeln, dass aus Sozialbeiträgen  
12 finanzierte Arbeitsplätze grundsätzlich sozialversicherungspflichtig und  
13 tarifgebunden sein müssen.

14

### 15 **Politik für Menschen mit Behinderung**

16

17 Menschen sind verschieden, das macht unsere Gesellschaft reicher.  
18 Rund zehn Prozent der Bevölkerung haben eine Behinderung, die  
19 wenigsten von ihnen von Geburt an. Jeder kann jederzeit von  
20 Behinderung selbst oder im engsten Umfeld betroffen sein. Es ist die  
21 zentrale Aufgabe des Sozialstaats, die Nachteile, die Menschen mit  
22 Behinderungen entstehen, auszugleichen und ihre Teilhabe am  
23 gesellschaftlichen, am kulturellen und am Arbeitsleben zu  
24 gewährleisten.

25

26 Dafür bedarf es besserer gesetzlicher Rahmenbedingungen. Was heute  
27 unnötig getrennt wird, kann morgen nur schwer wieder zusammen  
28 gefügt werden. Wir wollen so viele Menschen mit Behinderungen wie  
29 nur möglich in Regel-Kindergärten, Schulen, Universitäten und  
30 Betrieben ausbilden und beschäftigen, statt zu viele von ihnen in  
31 speziellen Kindergärten, Förderschulen und Werkstätten für behinderte  
32 Menschen.

33 Gestärkt werden müssen diese Einrichtungen für Menschen mit  
34 schweren und schwersten Behinderungen, bei denen eine Förderung

1 im regulären Schulbetrieb oder die Eingliederung in den allgemeinen  
2 Arbeitsmarkt nur sehr schwer möglich ist. Wir müssen soweit wie  
3 möglich weg vom Fürsorgeprinzip, hin zum Grundsatz der  
4 Selbstbestimmung und gleichberechtigten Teilhabe.

5

## 6 **Gleichberechtigt leben**

7

8 Unser Ziel ist ein selbstbestimmtes und partnerschaftliches Miteinander  
9 von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Frauenpolitik ist  
10 eine Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen und notwendige  
11 Voraussetzung für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir  
12 brauchen mehr Frauen in Führungspositionen. Das schließt die  
13 Besetzung von mindestens 40% aller Aufsichtsratsmandate durch  
14 Frauen ein. Wir müssen für alle Frauen den Grundsatz gleicher Lohn  
15 für gleiche Arbeit durchsetzen.

16

17 Familie ist für uns dort, wo Kinder sind, wo Generationen und  
18 Lebenspartner Verantwortung füreinander übernehmen. Menschen mit  
19 gleichgeschlechtlicher Orientierung warten weiter auf eine  
20 Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Wir wollen das uneingeschränkte  
21 Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerschaften. Der Abbau  
22 von Diskriminierung wird in der neuen Landesregierung eine  
23 Querschnittsaufgabe mit besonderer personeller Zuständigkeit sein.

24

25 Wir stehen für ein offenes und tolerantes Klima in unserer Gesellschaft,  
26 indem Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität ihr Leben  
27 gestalten können. Auch Lesben und Schwule werden älter. Deshalb  
28 unterstützen wir Wohnmodelle und Pflegeeinrichtungen, die den  
29 Bedürfnissen von älteren Frauen und Männern entsprechen, die offen  
30 mit ihrer Homosexualität umgehen wollen.

31

32 Menschliches Zusammenleben ist vielfältig. Dies gilt es bereits  
33 frühzeitig zu vermitteln und Beratungsangebote und Präventionsarbeit  
34 zu stärken, die sich gegen Gewalt und Intoleranz richten, etwa im

1 Sportverein.

2

3 **Integration voranbringen**

4

5 Gelungene Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller an Arbeit  
6 und Bildung, beim Wohnen und im gesellschaftlichen Leben. Sie  
7 verlangt im täglichen Leben eine Kultur der Anerkennung des gleichen  
8 Wertes aller Menschen unabhängig von ihrer besonderen religiösen  
9 oder kulturellen Identität. Wir werden sie fördern.

10

11 Unsere Integrationspolitik basiert auf den drei Grundpfeilern soziale  
12 Chancengerechtigkeit, kulturelle Anerkennung und politische  
13 Partizipation. Wir wollen, dass alle aktiv am gesellschaftlichen Leben  
14 teilnehmen können.

15

16 Insbesondere die Schaffung gleicher Bildungschancen ist der Schlüssel  
17 zur erfolgreichen Integration. Dazu ist die Beherrschung der deutschen  
18 Sprache zentral. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, damit  
19 alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen. Es  
20 gilt aber auch die Chancen, die das Beherrschen der eigenen  
21 Muttersprache bietet, wahrzunehmen.

22

23 Chancengleichheit bedeutet auch Rechtssicherheit. Wir wollen die  
24 unselige Praxis der Kettenduldungen endlich beenden. Flüchtlinge, die  
25 sich seit Jahren in Deutschland aufhalten und integriert haben, sollen  
26 ein Aufenthaltsrecht erhalten.

27

28 Die Anerkennung der kulturellen Eigenheiten festigt nicht nur das  
29 Selbstwertgefühl der Migrantinnen und Migranten. Die vielfältigen  
30 kulturellen Erfahrungen bereichern zudem unsere Gesellschaft und  
31 bieten in der globalisierten Welt einen Erfahrungsschatz, der für die  
32 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung von unschätzbarem  
33 Wert ist.

34

1 Wir unterstützen die freie Religionsausübung, die unser Grundgesetz  
2 garantiert. Dazu gehört für uns auch das Recht, eigene Gotteshäuser  
3 zu errichten. Wir widersetzen uns den Tendenzen, die dieses  
4 berechnete Anliegen für ihre undemokratischen Aktivitäten nutzen.

5

6 Wir wollen Politik gemeinsam gestalten. Dazu ist die politische  
7 Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund unabdingbar.  
8 Deshalb setzt sich die SPD dafür ein, dass auch Menschen, die nicht  
9 aus EU-Ländern kommen, aber seit Jahren in Deutschland leben, das  
10 kommunale Wahlrecht erhalten.

11

12 Ausdruck erfolgreicher Integration ist auch, dass die Beschäftigung von  
13 Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst, z.B. in  
14 Schulen, bei der Polizei und Behörden im Allgemeinen zum Normalfall  
15 wird. Viele Zugewanderte haben in den vergangenen Jahrzehnten den  
16 Schritt in die Selbstständigkeit gewagt und erfolgreiche Unternehmen  
17 gegründet. Wir suchen das Gespräch mit Ihnen, auch um gezielt  
18 zusätzliche Ausbildungsplätze zu gewinnen.

19

## 1 **VI. Eine Gemeinsame Kultur**

2

### 3 **Kulturelle Teilhabe für alle**

4

5 Wir treten ein für die Förderung und die Freiheit von Kunst und Kultur.  
6 Kunst und Kultur dürfen kein Luxus für Wenige sein. Wir werden sie für  
7 alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar und zugänglich halten. Ein  
8 breites Kulturangebot macht unser Land lebens- und liebenswert. Das  
9 gilt für Highlights in den Zentren genauso wie für Kulturangebote in  
10 kleinen Städten oder im ländlichen Raum. Wir brauchen keinen  
11 staatlichen Kulturzentrismus. Zu einer weltoffenen, toleranten und  
12 friedfertigen Gesellschaft tragen Kultur, Sport und bürgerschaftliches  
13 Engagement wesentlich bei.

14

15 Die SPD streitet für eine Stärkung der Kulturpolitik als  
16 Gesellschaftspolitik: gerade in Land und Kommune, im  
17 Zusammenwirken von Staat, Zivilgesellschaft und Markt, für Kultur als  
18 öffentlichem Gut, für geeignete Rahmenbedingungen, damit sich Kunst  
19 und Kultur frei entfalten können und dafür, dass kulturelle Bildung, das  
20 kulturelle Erbe und die Kunst der Gegenwart allen Menschen  
21 zugänglich sind.

22

23 Unser Ziel bleibt es, die sozialen Verhältnisse kultivierter und die  
24 kulturellen sozialer zu gestalten. Wir wollen demokratische Kultur und  
25 kulturelle Demokratie verwirklichen. Kunst und Kultur stehen im  
26 Zentrum sozialdemokratischer Politik!

27

28 In unserer Landesverfassung heißt es: "Kultur, Kunst und Wissenschaft  
29 sind durch Land und Gemeinden zu pflegen und zu fördern." Das ist für  
30 uns ein hochrangiger Handlungsauftrag. In unserem Land liegt der  
31 Schwerpunkt der Kulturförderung in den Städten und Gemeinden und  
32 im zivilgesellschaftlichen Engagement. Wir betrachten Kulturpolitik in  
33 NRW deshalb auch künftig als eine Gemeinschaftsaufgabe von

1 Kommunen und Land, die in gemeinsamer Verantwortung mit den  
2 gesellschaftlichen Kräften wahrgenommen wird.

3

4 Wir haben die Ernennung der Region Ruhr zur Kulturhauptstadt 2010  
5 erreicht, ein Projekt, das über seine symbolische Bedeutung für unser  
6 Land hinaus, ein Fülle neuer und bleibender kultureller Initiativen  
7 schafft.

8

9 Wir packen den "Kultur-Rucksack für jedes Kind". Alle Kinder und  
10 Jugendlichen (vom Kindergarten bis zum 16.Lebensjahr) erhalten jedes  
11 Kindergarten- bzw. Schuljahr einen kleinen Rucksack, gefüllt mit dem  
12 nötigen Kulturproviant, den sie für ein ganzes Jahr brauchen. Er besteht  
13 aus altersgemäßen Bildungs- und Kreativitätsangeboten in den Sparten  
14 Theater, Tanz, Musik, Bildende Kunst und Literatur. Der Kulturrucksack  
15 soll Kinder und Jugendliche so früh wie möglich an kulturelle  
16 Einrichtungen, aber auch an eigenes künstlerisches Tun heranführen.

17

18 Wir werden das Freiwillige Soziale Jahr in der Kultur weiter ausbauen  
19 und fördern. Für die Jugendlichen soll es ein Bildungs- und  
20 Orientierungsjahr sein, in dem sie freiwilliges Engagement mit ihrer  
21 persönlichen und beruflichen Weiterbildung verbinden können.

22

23 Wir werden die regionale Kulturpolitik als Gemeinschaftsaufgabe  
24 zwischen Land, Kommunen, Regionen, Verbänden, Wirtschaft und  
25 Zivilgesellschaft stärken und ihr neue Impulse geben.

26

27 Wir werden die freie Kulturszene und die soziokulturellen Zentren, vor  
28 allem auch durch qualifizierte Mitarbeiter, verstärkt fördern.

29

### 30 **Sicherung der finanziellen Grundlagen**

31

32 Wir stehen für die Sicherung der finanziellen Grundlagen unserer Kultur  
33 ein. Auch wenn ökonomische Sekundärbegründungen bei verschärften  
34 Verteilungskämpfen verständlich sind, darf Kulturpolitik gerade in der

1 Wirtschaftskrise, die uns die Grenzen marktradikaler Ideologie vor  
2 Augen geführt hat, nicht ableiten in betriebswirtschaftliche Argumente  
3 und kulturferne Denkmuster.

4

5 Kultur ist geistige Lebensgrundlage der Menschen und öffentliches Gut,  
6 die kulturelle Infrastruktur und Förderung, die aktivierende Kulturpolitik  
7 ist keine Subvention, sondern Investition in Zukunft und Fortschritt.  
8 Gerade die SPD ist der Ansprechpartner, um die Lösung der großen  
9 Probleme vieler Kultur- und Medienschaffender und in der  
10 Kreativwirtschaft Tätiger voranzubringen: der sozialen Sicherung im  
11 flexiblen und oft prekären Leben und unter Soloselbständigkeit; der  
12 gerechten Vergütung kreativer Arbeit gerade auch in der digitalen Welt;  
13 der Stärkung der einzigartigen Künstlersozialversicherung.

14

15 Auch heute kann nur eine Minderheit der rund 30.000 Künstlerinnen  
16 und Künstler allein von ihren kulturellen Tätigkeiten leben. Sie alle  
17 verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung. Deshalb hat der  
18 Staat nach unserer Auffassung eine besondere Verantwortung für die  
19 soziale Absicherung der Künstler. Die Anstrengungen des Landes bei  
20 der individuellen Künstlerförderung sind bisher marginal und sind  
21 dringend auszubauen.

22

23 Wir werden Aufgaben und Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken in  
24 einem Bibliotheksgesetz NRW regeln.

25

26 Wegen ihres großen Wachstums- und Beschäftigungspotenzials ist die  
27 Kultur- und Kreativwirtschaft für uns Sozialdemokraten eine  
28 Schlüsselbranche mit zunehmender Dynamik. Stärker als andere  
29 Branchen besteht sie aus vielen Freischaffenden und kleinen  
30 Unternehmen, die es im Unterschied zu großen Konzernen viel  
31 schwerer haben, ihre Interessen zu vertreten. Auch deshalb wollen wir  
32 für die kreativen Milieus in unserem Lande möglichst optimale  
33 Rahmenbedingungen schaffen.

34

## 1 **Eine Kultur der Anerkennung**

2

3 Wir bejahen die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft und befürworten  
4 den Dialog der Kulturen als ein wichtiges Moment sozialer Integration  
5 von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser  
6 Überzeugung und kultureller Prägung.

7

8 Wir fördern eine Kultur der Anerkennung für alle, die kulturelle Vielfalt  
9 und Pluralismus nicht einschränkt durch missverständliches Gerede  
10 über Leitkultur und nationaler Identität. Anerkennung bewährt sich aber  
11 erst wirklich in der gleichen Teilhabe von Menschen unterschiedlicher  
12 Kultur an den Chancen und Ressourcen unserer Gesellschaft. Davon  
13 lässt sich unsere Politik in allen Teilbereichen, besonders der Bildung,  
14 leiten.

15

16 Die SPD setzt sich für kulturelle Bildung ein, gerade auch um der  
17 kulturellen und sozialen Spaltung entgegenzuwirken. Kulturelle  
18 Bildungsangebote sollten pflichtige Aufgaben aller  
19 Bildungseinrichtungen und integraler Bestandteil aller Kulturinstitutionen  
20 sein.

21

## 22 **Sport ist Teil unserer Alltagskultur**

23

24 Der Sport ist ein wichtiger Teil unserer Alltagskultur. Er ist eine  
25 nachhaltige Integrationskraft unseres gesellschaftlichen Lebens. Er  
26 bietet den Menschen exzellente Möglichkeiten, ethnische, kulturelle und  
27 soziale Grenzen und Unterschiede zu überwinden. Sport bietet  
28 vielfältige Chancen der Identifikation mit dem Heimatland, der  
29 Heimatstadt oder der Region. Wir fördern die Selbstständigkeit  
30 bürgerschaftlichen Engagements im Sport. Unsere Gesellschaft braucht  
31 ehrenamtliches Engagement!

32 „Sport für alle“ ist das Ziel der NRWSPD, ebenso wie vielfältige Sport-  
33 und Bewegungsangebote vor Ort und sozialverträgliche Mitglieds- und  
34 Nutzungsbeiträge. Wir werden uns für die Schaffung weiterer

1 Sportschulen in NRW einsetzen, in denen talentierte Kinder und  
2 Jugendliche mit ihren sportlichen Fähigkeiten besonders gefördert  
3 werden und gleichzeitig eine qualifizierte Schulausbildung erhalten. Wir  
4 verstehen Sportpolitik als Querschnittsaufgabe, die nur in enger  
5 Kooperation mit den Politikbereichen Stadtentwicklung und  
6 Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheitsförderung, Kinder-  
7 und Jugendpolitik, Bildungspolitik, Schulentwicklung sowie  
8 Generationenpolitik weiterentwickelt werden kann. Wir unterstützen den  
9 Sport von Kindern und Jugendlichen, da er ihre  
10 Persönlichkeitsentwicklung und Gesundheit fördert. Dazu gehört eine  
11 ausreichende Zahl von Lehrern im Schulsport, damit Sportunterricht im  
12 vorgesehenen Umfang erteilt wird.

13

14 Bei der Förderung des Leistungssports unterstützt die NRWSPD alle  
15 Aktivitäten, bei denen besonderer Wert auf Chancengleichheit beim  
16 Entdecken von Talenten gelegt wird. Wir treten für einen humanen  
17 Leistungssport ein, bei dem Respekt, Toleranz und Unversehrtheit im  
18 Vordergrund stehen. Leistungs- und Spitzensportler motivieren viele  
19 Menschen, selbst aktiv Sport zu treiben. Dabei stehen wir für einen  
20 sauberen Sport und bekämpfen Doping.

21 Internationale sportliche Erfolge, Meisterschafts- und Olympiamedaillen  
22 sind Identifikations- und Aushängeschilder und bieten Möglichkeiten für  
23 jeden, ein Wir-Gefühl zu entwickeln.

24 Um Talente zur Entfaltung zu bringen benötigen die Athletinnen und  
25 Athleten sozial- und strukturell - stabile Lebensbedingungen. Insofern  
26 brauchen die Talente die Gesellschaft, und die Gesellschaft braucht die  
27 Talente.

28

### 29 **Medienpolitik für die Demokratie**

30

31 Demokratie braucht starke Medien und das Medienland Nordrhein-  
32 Westfalen braucht eine gute Medienpolitik.

33

1 Eine moderne Demokratie kann nicht existieren ohne verantwortliche,  
2 der Demokratie verpflichtete Medien. Sie sind für uns Kultur- und  
3 Wirtschaftsgut. Deswegen werden wir das duale Rundfunksystem  
4 stärken. Das ist wichtig für die öffentlich-rechtlichen und privaten  
5 Anbieter in Nordrhein-Westfalen.

6

7 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk bleibt gerade in einer immer  
8 vielfältiger werdenden Medienlandschaft eine unverzichtbare Säule.  
9 Durch medienpolitische Anreize wollen wir die Voraussetzung schaffen,  
10 dass auch private Veranstalter ihrer öffentlichen Aufgabe unter  
11 schwierigen Rahmenbedingungen gerecht werden können.

12

13 Wir setzen auf die Vielfalt der NRW-Verlage, die längst zu  
14 Medienhäusern geworden sind. Sie sind gerade im Lokalen und  
15 Regionalen für den Zusammenhalt und den Willensbildungsprozess  
16 unverzichtbar. Deswegen wollen wir Chancen eröffnen,  
17 Qualitätsjournalismus über alle Verbreitungsformen und -wege zu  
18 ermöglichen.

19

20 Dabei werden wir geleitet von der Idee: So viel Vielfalt wie möglich.  
21 Zugleich werden wir, in Verantwortung für unsere Demokratie, dort  
22 wirksame Maßnahmen ergreifen, wo Vielfalt durch Meinungsmacht  
23 gefährdet wird.

24

25 Die Vielfalt des erfolgreichen Lokalfunks in NRW wollen wir auch in der  
26 digitalen Welt sichern helfen.

27

28 Im Bereich der Journalistenaus- und -weiterbildung wollen wir verstärkt  
29 Akzente setzen. Das ist ein wichtiger Beitrag, Qualitätsjournalismus zu  
30 sichern.

31

32

33

34

## 1 **Digitale Teilhabe und Sicherheit**

2

3 Die Digitalisierung schreitet in allen gesellschaftlichen Bereichen voran  
4 und verändert Medien und Mediennutzung. Das begreifen wir als große  
5 Chance für unsere Demokratie. Deswegen machen wir aus dem  
6 Medienland NRW das Medienkompetenzland NRW. Wir wollen, dass  
7 alle Bürgerinnen und Bürger die neuen Möglichkeiten auch nutzen  
8 können. Das ist wichtig für die Demokratie und für die Innovation. Wir  
9 machen die Nutzerinnen und Nutzer stark, damit sie sich sicher in  
10 dieser neuen Medienwelt bewegen können, damit sie Kompetenz im  
11 Umgang mit Informationen und Daten besitzen, damit verhindern wir  
12 auch eine drohende Spaltung unserer Gesellschaft.

13

14 In allen Schulformen wollen wir einen altersgemäßen  
15 Medienkompetenzführerschein etablieren. Den gesetzlichen Auftrag der  
16 Landesanstalt für Medien und des WDR für diese Aufgabe werden wir  
17 weiter stärken. Beide sind wichtige Partner für NRW.

18

19 Unsere Welt ist innerhalb weniger Jahre in ein digitales Zeitalter  
20 katapultiert worden. Die neuen Technologien bieten große Chancen  
21 und Möglichkeiten für neue Arbeits- und Lebensformen und der  
22 Teilhabe in einer lebendigen Demokratie. Damit verbunden sind  
23 tiefgreifende Umwälzungen im gesellschaftlichen, kulturellen und  
24 sozialen Leben. Wir wollen eine lebenswerte digitale Welt gestalten, in  
25 der Menschen in einer freiheitlichen Demokratie leben und arbeiten  
26 können.

27

28 Unsere Vision eines sozial und digital vernetzen Zusammenlebens ist  
29 nicht vereinbar mit einer Präventiv- und Überwachungsgesellschaft wie  
30 sie in den letzten Jahren propagiert worden ist. Das Internet ist kein  
31 rechtsfreier Raum. Das Recht auf Privatsphäre muss auch dort  
32 geschützt sein. Wir brauchen keine Internetsperren, sondern eine  
33 effektivere Strafverfolgung, u.a. durch eine verbesserte Personaldecke

1 der Strafverfolgungsbehörden. Bei kriminellen Inhalten hilft nicht das  
2 Sperren der Internetseite, sondern nur das Löschen der Inhalte.

3

4 Wir wollen die Unabhängigkeit und Arbeitsfähigkeit des  
5 Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in  
6 Nordrhein-Westfalen stärken. Hierfür werden wir die personelle und  
7 materielle Ausstattung der Institution sicherstellen und wirksamere  
8 Sanktionierungsmöglichkeiten für Datenschutzvergehen schaffen.

9

10 Betriebliche Datenschutzbeauftragte brauchen, ähnlich wie die  
11 Betriebsräte, einen stärkeren arbeitsrechtlichen Schutz und Rechte, die  
12 über den Kündigungsschutz hinaus gehen.

13

14 Wir wollen eine datenschutzfreundliche Verbraucherschutzpolitik  
15 umsetzen. Dazu gehört es, verpflichtende Opt-In Verfahren zu  
16 etablieren, d.h. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen aktiv  
17 zustimmen, wenn sie damit einverstanden sind, dass ihre persönlichen  
18 Daten für Auswertungen oder Werbezwecke gespeichert und  
19 weitergegeben werden dürfen.

20

21 Die Entwicklung von freier Software und Open-Source-Produkten stellt  
22 einen besonderen gesellschaftlichen Innovationsprozess dar. Wir  
23 wollen die Verbreitung von freier Software und freiem Wissen fördern.  
24 Durch öffentliche Förderung generierte Forschungsergebnisse müssen  
25 den Bürgerinnen und Bürgern unter öffentlichen Lizenzen zur  
26 Verfügung gestellt werden.

27

28 Der Zugang zum Internet ist ein wichtiger Baustein zur Partizipation an  
29 gesellschaftlichen Prozessen und der Meinungsbildung. Daher muss  
30 jeder und jedem ein Basiszugang zur Verfügung gestellt werden, um  
31 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sicherzustellen. Einer  
32 digitalen Spaltung unseres Landes in schnelle, breitbandversorgte und  
33 nicht versorgte Regionen wollen wir entgegenwirken. Wir werden im

1 Dialog mit den Infrastrukturanbietern zu verbindlichen Verabredungen  
2 kommen.

3

4 Wir wollen auf den Erfolg der Filmstiftung aufbauen und sie zu einer  
5 integrierten Förderinstitution der Kreativwirtschaft weiterentwickeln.

6 Hersteller von Computerspielen sind in NRW inzwischen eine wichtige  
7 Branche, die wir unterstützen.

8

9 Die Telekommunikationsbranche ist in NRW herausragend vertreten.

10 Auch hier werden wir mit den Unternehmen die Chancen für Wachstum,  
11 Innovation und Arbeitsplätze nutzen.

12

13

14

## 1 **VII. Demokratische Gesellschaft, starke Kommunen**

2

### 3 **Kommunale Demokratie stärken**

4

5 Nirgendwo wird Politik so unmittelbar wahr genommen wie in unseren  
6 Kommunen. Sie sind für die Daseinsvorsorge verantwortlich und prägen  
7 den Alltag der Menschen. In den Städten, Gemeinden und Kreisen  
8 gestalten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Politik vor  
9 Ort. Nah bei den Menschen schaffen wir die Bedingungen guter  
10 Lebensqualität, stellen uns den Erwartungen der Bürgerinnen und  
11 Bürger, zeigen Perspektiven für eine gute Stadtentwicklung auf. Wir  
12 kämpfen für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit vor Ort.

13

14 Heute und künftig kommt es weiter darauf an, unsere Städte,  
15 Gemeinden und Kreise bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu  
16 unterstützen. Zu einer lebendigen kommunalen Demokratie gehört für  
17 uns auch, die starre Einteilung in Pflichtaufgaben und freiwillige  
18 Aufgaben der Gemeinden zu überprüfen. Diese Unterscheidung ist  
19 zumindest in den Bereichen fragwürdig, in denen strukturschwache  
20 Gemeinden auf präventive Ausgaben verzichten müssen, die das  
21 Entstehen wesentlich höherer Kosten im Bereich der Pflichtaufgaben  
22 verhindern würden, z.B. in der Jugendhilfe oder bei Investitionen zur  
23 energetischen Sanierung, die zu einer Entlastung bei pflichtigen  
24 Aufgaben führen.

25

26 Die SPD-geführte Landesregierung wird die kommunale Demokratie in  
27 Nordrhein-Westfalen wieder stärken. Wir werden die Stichwahl für die  
28 kommunalen Personenwahlen wieder einführen. Wir werden eine  
29 gerichtsfeste Sperrklausel für kommunale Vertretungen einführen. Wir  
30 werden dafür sorgen, dass die Bürgermeister-, Landrats- und  
31 Oberbürgermeisterwahlen wieder an die Kommunalwahlen gekoppelt  
32 werden. Grundsätzlich treten wir für die Zusammenlegung von  
33 Wahlterminen ein, um Kosten niedrig zu halten und eine hohe  
34 Wahlbeteiligung zu ermöglichen.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

## **Kommunal Finanzen in Ordnung bringen**

Die finanzielle Situation einer Vielzahl nordrhein-westfälischer Kommunen hat dramatische Züge angenommen. Durch die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen (Neues Kommunales Finanzmanagement – NKF) wird der ganze Umfang der Dramatik deutlich: Die ersten Großstädte sind bereits überschuldet, viele weitere Kommunen werden in den nächsten Jahren trotz ihrer Sparanstrengungen folgen – mit verheerenden Konsequenzen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Dies ist nur zum Teil auf die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise zurück zu führen. Insbesondere die strukturelle Entwicklung in den Großstädten des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes dokumentiert, dass die Finanzausstattung der Kommunen unzureichend ist. Mittlerweile ist wissenschaftlich belegt, dass die Kommunen in NRW seit Jahren schlechter gestellt sind als die in anderen Bundesländern. Die Auswirkungen verschiedener Fehlentwicklungen wie die Überlastung mit Sozialausgaben treffen insbesondere die größeren Städte in NRW. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Abwälzung zahlreicher Lasten und das ungerechtfertigte Einbehalten von für die Kommunen bestimmten Geldern die Lage verschärft.

Nach §28 Art.2 GG steht es den Kommunen zu, ihre finanziellen Angelegenheiten eigenverantwortlich zu regeln. Eine SPD-geführte Landesregierung wird ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht nachkommen und für eine verbesserte und aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen.

Wir werden verhindern, dass Städte und Gemeinden in ihrer Finanzausstattung weiter geschwächt werden. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, dass rasch eine Lösung für das Problem ihrer Altschulden gefunden wird.

1 Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle für unsere  
2 Kommunen. Sie muss ohne Wenn und Aber erhalten bleiben und in der  
3 Basis verbreitert werden. Wir werden uns für eine Entlastung der  
4 Kommunen durch die Verbreiterung der Gewerbesteuerumlage stark  
5 machen.

6

7 Wir garantieren die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips. Eine  
8 weitere Verlagerung von Aufgaben auf die Kommunen, ohne die  
9 Bereitstellung der finanziellen Mittel, wird es mit uns nicht geben.

10

11 Wir legen einen „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ auf, der überschuldeten  
12 Gemeinden zugute kommt. Ziel des Paktes ist es, die betroffenen  
13 Gemeinden von Zinszahlungen zu entlasten, um jetzt notwendige  
14 Investitionen zu ermöglichen. Diese Hilfe zur Selbsthilfe soll dazu  
15 beitragen, dass Kommunen wieder ausgeglichene Haushalte vorlegen  
16 können.

17

18 Wir setzen uns dafür ein, hoch verschuldete Städte von Ausgaben für  
19 den Solidarfonds zu entlasten, damit dort die Haushalte konsolidiert  
20 werden können.

21

22 Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Neuordnung des  
23 Systems der Berechnung des Bundesanteils an den Kosten der  
24 Unterkunft gemäß SGB II stark machen. Das bisherige  
25 Berechnungsverfahren führt zu einer klaren Benachteiligung der  
26 Kommunen und muss dringend zu ihren Gunsten überarbeitet werden.

27

28 Wir fordern die Bundesregierung auf, mit dem Investitionsprogramm  
29 „Soziale Stadt“ dafür Sorge zu tragen, dass auch im Westen  
30 Deutschlands Stadtregionen nicht zu Armutsinseln verkommen und  
31 Investitionen im sozialen Sektor möglich werden.

32

33 Voraussetzung für die beschriebenen entlastenden Hilfen des Landes  
34 ist das Grundprinzip der „Hilfe zur Selbsthilfe“. Deshalb erwarten wir

1 von den Kommunen, die in den Genuss der entlastenden Finanzhilfen  
2 des Landes kommen wollen

3

#### 4 **Eine nachhaltige Steuer- und Finanzpolitik**

5 Die finanziellen Handlungsmöglichkeiten unseres Landes lassen  
6 insbesondere nach der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in den  
7 nächsten Jahren keinen Spielraum für verfehlte und teure  
8 Wahlversprechen wie die schwarz-gelben Steuersenkungen auf Pump  
9 der Bundesregierung. Für uns Sozialdemokraten ist klar: Künftige  
10 Generationen dürfen nicht für unseriöse Wahlversprechen und  
11 rücksichtsloser Klientelpolitik in Haftung genommen werden.

12 Wir werden uns dem verantwortungslosen Steuersenken des Bundes  
13 zu Lasten von Ländern und Kommunen mit aller Macht entgegen  
14 stellen. Sinnlose Steuersenkungen sind Beraubungen der Bürger, weil  
15 sie auf die Kürzung von Leistungen hinauslaufen, auf die diese  
16 angewiesen sind. .

17 Für uns Sozialdemokraten gilt: Starke Schultern müssen mehr tragen  
18 als schwache. Deshalb setzen wir uns für eine Vermögenssteuer ein.  
19 Unabhängig davon soll ein zweiprozentiger Aufschlag auf den  
20 Steuersatz für Spitzenverdiener zweckgebunden den gleichen Zugang  
21 zu Bildungschancen für Alle ermöglichen. Wir sprechen uns gegen eine  
22 weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes aus.

23 Mit einer moderaten Börsenumsatzsteuer auf den Handel mit  
24 Wertpapieren wollen wir diejenigen an der Bewältigung der finanziellen  
25 Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise beteiligen, die diese durch  
26 spekulative Investitionen und unverantwortliches Profitstreben mit  
27 verursacht haben. NRW muss von diesen neuen Einnahmequellen  
28 profitieren. Deshalb sollen die Länder einen festen Anteil an dem  
29 Aufkommen aus den neuen Steuerarten erhalten.

30 Vor dem Hintergrund von Einnahmeeinbrüchen des Staates und  
31 wachsender Staatsverschuldung ist es für uns daneben wichtig, die

1 vorhandenen finanziellen Ressourcen zielgenau und nachhaltig zu  
2 nutzen. Wir wollen in die Zukunft der nächsten Generationen  
3 investieren. In Bildung und Betreuung, aber auch in den Klimaschutz  
4 und die Erforschung neuer Technologien.

5

6 CDU und FDP orientieren sich nicht an der Wirklichkeit. Die Ergebnisse  
7 ihrer Politik zeigen, dass man nicht im selben Atemzug niedrigere  
8 Steuern, den Abbau von Schulden, mehr Lehrer, mehr Polizisten und  
9 zusätzliche Förderprogramme versprechen kann. Nordrhein-Westfalen  
10 steht heute schlechter da als 2005. Mit ihrer Finanzpolitik hat diese  
11 Landesregierung viele Kommunen an den Rand des Ruins gebracht.

12

13 Eine Schuldenbremse in der Landesverfassung lehnen wir strikt ab. Der  
14 Zwang zum Verzicht auf Schulden würde, bei einer ungesicherten  
15 Einnahmebasis, in absehbarer Zeit nur auf Sozialabbau hinauslaufen.

16

17 Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen starke öffentlich-rechtliche  
18 Institute im Finanzsystem. Unsere Sparkassen haben sich in der  
19 weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise als Ort von Stabilität und  
20 Seriosität erwiesen. Leistungsfähige, dem Gemeinwohl verpflichtete  
21 Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind unverzichtbar für unsere  
22 Kommunen. Sie fördern das ehrenamtliche Engagement im sozialen,  
23 kulturellen und sportlichen Bereich und sind starker und zuverlässiger  
24 Partner des Handwerks und der klein- und mittelständischen  
25 Unternehmen vor Ort.

26 Für die größte und wichtigste Landesbeteiligung, die Westdeutsche  
27 Landesbank (WestLB) muss endlich ein zukunftsfähiges und  
28 tragfähiges Geschäftsmodell gefunden werden. Bereits zu viel Zeit ist  
29 durch (partei)politisch motiviertes Taktieren vertan worden. Die  
30 nordrhein-westfälische Landesregierung hat es verpasst, eine aktive  
31 und führende Rolle im bundesweiten Konsolidierungsprozess der  
32 deutschen Landesbanken zu übernehmen.

1 Auch für die Sparkassen als Miteigentümer der WestLB müssen weitere  
2 finanzielle Belastungen verhindert werden. Deshalb ist für uns  
3 Sozialdemokraten klar, dass eine WestLB alleine keine Zukunft im  
4 öffentlich-rechtlichen Bankensystem hat. Auf der Grundlage der  
5 Umsetzung der Vorgaben der EU-Kommission muss die WestLB daher  
6 in einen Fusionsprozess hineingeführt werden, an dessen Ende  
7 bundesweit eine Landesbank stehen soll.

8 Wir werden zur Umsetzung dieses Zieles mit den Eigentümern der  
9 sechs weiteren Landesbanken in Deutschland Gespräche aufnehmen  
10 und in bewährter Zusammenarbeit mit den Sparkassen eine Lösung für  
11 die öffentlich-rechtlichen Landesbanken erreichen. Wichtig ist: Dieser  
12 Fusionsprozess darf nicht zum Einfallstor für Privatisierungen der  
13 öffentlich-rechtlichen Landesbanken und der Sparkassen werden.

14

### 15 **Der Staat als Partner der Bürger**

16

17 Unser Konzept heißt „Partner Staat“. Es steht für den richtigen Weg  
18 zwischen „Privat vor Staat“ und „Staat statt Privat“. Denn: Nur die  
19 Starken können sich einen schwachen Staat und nur die Reichen einen  
20 armen Staat leisten. Alle anderen brauchen einen Staat, der gute  
21 Schulen, moderne Infrastruktur und funktionierende öffentliche  
22 Sicherheit bietet. Für uns ist der aktivierende, gestaltende und  
23 partnerschaftliche Staat ein unverzichtbares Instrument der sozialen  
24 Demokratie. Er muss die Kultur der sozialen Verantwortung und das  
25 bürgerschaftliche Engagement fördern und allen Bürgerinnen und  
26 Bürgern gleichen Zugang zu den grundlegenden Leistungen der  
27 Daseinsvorsorge ermöglichen.

28

29 Staatliche Daseinsvorsorge ist für uns nicht privatisierbar. Deshalb  
30 müssen Wasserver- und Abwasserentsorgung, Personennahverkehr  
31 und die Hausmüllentsorgung in öffentlicher Verantwortung garantiert  
32 bleiben. In der Energieversorgung brauchen wir unsere Stadtwerke, um  
33 öffentliche Verantwortung durch mehr Wettbewerb zu garantieren.  
34 Menschen und Unternehmen erwarten von der Daseinsvorsorge ein

1 breites Spektrum an Leistungen von hoher Qualität zu erschwinglichen  
2 Preisen. Die Kommunen haben gezeigt, dass am Gemeinwohl  
3 orientierte Dienstleistungen für jeden Menschen zur Verfügung stehen  
4 und diese auch flächendeckend erbracht werden. Es kann nicht sein,  
5 dass unsere Städte und Gemeinden nur noch bloße Standorte  
6 privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzieller Sport- und  
7 Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen werden. Wir  
8 stehen für eine Politik, in der auch öffentliche Unternehmen rentabel  
9 arbeiten können.

10

### 11 **Wohnen braucht Sicherheit**

12

13 Die Beschneidung der Mieterrechte durch die schwarz-gelbe  
14 Landesregierung, der Verkauf der Landesentwicklungsgesellschaft  
15 (LEG) mit ihren 93.000 Wohnungen an internationale  
16 Immobilienspekulanten und die Auflösung des  
17 Landeswohnungsbauvermögens haben den Wohnungsmarkt in NRW  
18 massiv verändert und die Situation für Mieterinnen und Mieter,  
19 gemeinwohlorientierte Vermieter und die Kommunen verschlechtert.

20

21 Der von der Landesregierung zu erwartende Ausverkauf im sozialen  
22 Wohnungsbau hat zu steigenden Mieten gerade dort geführt, wo die  
23 Einkommen besonders niedrig sind. Internationale  
24 Immobilienspekulanten vernachlässigen ihre Wohnungsbestände und  
25 sind für Städte und Mieter nicht ansprechbar. Ganze Quartiere  
26 verfallen. Eine steuernde Wohnraumpolitik ist nicht mehr möglich. Das  
27 werden wir ändern.

28

29 Wir werden Mieter schützen und den Wohnungsmarkt gestalten.

30

- 31 • Wir stehen an der Seite des Mieterbundes und seiner Vereine,  
32 um unsoziale Eingriffe im Mietrecht abzuwenden und rückgängig  
33 zu machen. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der  
34 Kündigungssperrfristverordnung und die konsequente

1 Anwendung des Wohnungsgesetzes NRW ein. Die im Bund  
2 geplante Änderung der Kündigungsfristen lehnen wir ab.  
3 Stattdessen setzen wir uns für einen besseren Schutz der  
4 Mieterinnen und Mieter vor Immobilienspekulanten ein.

- 5
- 6 • Wir stärken die Kommunen. Sie brauchen wirksame Instrumente,  
7 um den Wohnungsmarkt zu gestalten. Wir führen die  
8 Belegungsbindungsverordnung wieder ein und werden über  
9 Immobilien- und Standortgemeinschaften des Wohnens den  
10 Kommunen ein Instrument in die Hand geben, mit dem sie in den  
11 Quartieren Vermieter zu Investitionen motivieren können.  
12 Sonderfonds bei der NRW.Bank und beim Bund sollen  
13 ermöglichen, dass die Wohnungen der Immobilienspekulanten  
14 aufgekauft werden können. Wir werden die Kommunen bei der  
15 Erstellung von Wohnraumkonzepten auch finanziell unterstützen,  
16 denn diese sind die Basis für gute Arbeit in den Kommunen.

- 17
- 18 • Wir werden den sozialen Wohnungsbau stärken und ihn  
19 zukunftsfähig machen. Wir sorgen für eine sichere Finanzierung  
20 des sozialen Wohnungsbaus, denn wir brauchen mehr und nicht  
21 weniger Sozialwohnungen. Die Wohnungen müssen energetisch  
22 saniert, Barrieren müssen beseitigt werden.

- 23
- 24 • Mit uns bleibt Wohnen bezahlbar. Energetische Sanierung darf  
25 für Mieter und Vermieter nicht zum Verlustgeschäft werden.  
26 Damit die steigenden Mieten nicht die Einsparungen für Energie  
27 auffressen, verbessern wir die Fördermöglichkeiten durch das  
28 Land und setzen uns dafür ein, dass die  
29 Abschreibungsmöglichkeiten im Bund angepasst werden.

- 30
- 31 • Wir stärken soziale Vermieter in den Quartieren. Mit einer  
32 Stiftung "Wohnungs- und Städtebau NRW" werden wir die Arbeit  
33 gemeinwohlorientierter Vermieter unterstützen. Diese Stiftung  
34 soll Maßnahmen fördern, die das Wohnumfeld stärken und so

1 die Investitionen der Vermieter in die Wohnungsbestände  
2 ergänzen.

3

#### 4 **Stadt und Land – neue Allianz für die Zukunft**

5

6 Die SPD will die Allianz von Stadt und Land stärken: Wer eine gute  
7 Politik für die Menschen in den ländlichen Räumen machen möchte,  
8 muss neben einer nachhaltigen Landwirtschaftspolitik vor allem auch  
9 die Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen  
10 Raum fördern. Die SPD steht für eine Politik, die die  
11 Landwirtschaftspolitik in eine „Politik für die ländlichen Räume“  
12 integriert.

13

14 Die EU-Agrarpolitik wird ab 2013 sich stärker am Markt orientieren und  
15 ihr werden insgesamt weniger Finanzmittel zur Verfügung stehen. Die  
16 Landwirte in NRW müssen sich dann dem internationalen Wettbewerb  
17 stellen. Die Liberalisierung der Agrarmärkte darf aber keinesfalls dazu  
18 führen, dass die landwirtschaftliche Produktion in den benachteiligten  
19 Regionen unseres Landes gefährdet wird. Denn dann wären zugleich  
20 die Leistungen der Landwirte für den Erhalt von Natur und Landschaft  
21 und zum Schutz der Umwelt nicht mehr gewährleistet. Diese  
22 Leistungen müssen wir im Rahmen einer auf Nachhaltigkeit  
23 ausgerichteten Agrarpolitik künftig stärker entlohnen.

24

25 Dazu muss die so genannte „Zweite Säule“ des EU-Agrarfonds gestärkt  
26 werden, um in Zukunft Programme für eine multifunktionale,  
27 flächendeckende und umweltfreundliche Landbewirtschaftung bezahlen  
28 zu können. Eine Möglichkeit dafür ist die schrittweise verstärkte  
29 Modulation der Direktzahlungen der EU-Agrarhilfen. So können die  
30 Landwirte ihre Aufgabe und Funktion erfüllen, die Menschen mit  
31 gesunden Nahrungsmitteln zu versorgen und als Heger und Pfleger der  
32 Landschaft zu wirken.

33

1 Ländliche Räume sind in weiten Teilen Naturräume oder naturnahe  
2 Räume. Daraus ergeben sich besondere Anknüpfungspunkte für die  
3 wirtschaftliche Entwicklung. Die in Nordrhein-Westfalen vorzufindenden  
4 Kulturlandschaften, Naturdenkmäler oder Waldgebiete bieten  
5 verschiedenste Möglichkeiten, um Wertschöpfungsketten/Cluster zu  
6 entwickeln, die an diese Naturräume und deren Rohstoffe anknüpfen.

7

8 Die SPD wird in ihrem Programm "Stadt und Land – eine Allianz für die  
9 Zukunft" mehrere Bereiche mit besonderem Entwicklungspotenzial  
10 identifizieren

11

12 • Die ländlichen Räume haben im Bereich Tourismus besondere  
13 Chancen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Durch die Nähe zu  
14 den Ballungszentren besteht generell ein großes  
15 Nachfragepotenzial. Deshalb müssen die Kulturlandschaften und  
16 die touristische Infrastruktur erhalten und entwickelt werden.

17

18 • In den ländlichen Räumen erschließen sich für die erneuerbaren  
19 Energien zahlreiche Möglichkeiten. Die Gewinnung und Nutzung  
20 der unterschiedlichen Formen von Biomasse zur  
21 Energiegewinnung eröffnen für die ländliche Räume neue Felder  
22 der regionalen Wertschöpfung.

23

24 • In den ländlichen Räumen werden die Rohstoffe für die  
25 Ernährungswirtschaft von NRW produziert. Wir fordern eine  
26 Initiative, die Landwirtschaft, Ernährungshandwerk und  
27 Lebensmittelindustrie stärker verzahnt und so ein NRW-  
28 Netzwerk "Ernährung" schafft. Dabei soll die Produktion,  
29 Verarbeitung und Vermarktung ökologischer und regional  
30 erzeugter Agrarprodukte einen besonderen Schwerpunkt bilden.  
31 Dies kann durch eine Herkunftsbezeichnung weiter unterstützt  
32 werden.

33

- 1 • Die Forst- und Holzwirtschaft stellt für NRW einen bedeutenden  
2 Wirtschaftsfaktor dar. Dieser Sektor erwirtschaftet einen Umsatz  
3 von ca. 35 Mrd. €. Mit einer weiteren Ausschöpfung dieser  
4 Potenziale lassen sich im ländlichen Raum als auch in der  
5 Weiterverarbeitung Wachstum und Beschäftigung schaffen.

6

### 7 **Bürgerschaftliches Engagement fördern**

8

9 Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die vielfältigen  
10 Formen des bürgerschaftlichen Engagements fördern, im Sport, in den  
11 Kirchen und den Religionsgemeinschaften, der freien Wohlfahrtspflege,  
12 im Bereich der Kultur, beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen  
13 oder bei der Betreuung von Menschen mit Behinderungen. In den  
14 sozialdemokratischen Bundesregierungen sind, zuletzt mit der Initiative  
15 „Hilfen für Helfer“, immer wieder Verbesserungen für bürgerschaftlich  
16 engagierte Menschen durchgesetzt worden. Dieser Tradition fühlen wir  
17 uns verpflichtet. Zu einer „Wir-Gesellschaft“ gehört das Engagement  
18 ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es stärkt Demokratie und  
19 Zusammenhalt.

20

21 Die Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen leisten eine hervorragende  
22 Arbeit. Sie hat mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung verdient als  
23 ihnen unter schwarz-gelb zu Teil wurde. Das ehrenamtliche  
24 Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren ist durch nichts zu  
25 ersetzen. Unter dem Einsatz des eigenen Lebens und ihrer Gesundheit  
26 nehmen zehntausende Freiwillige eine staatliche Aufgabe wahr. Um die  
27 Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren angesichts der demografischen  
28 Entwicklung zu sichern, wird die neue Landesregierung eine Kampagne  
29 für ein Engagement in den Freiwilligen Feuerwehren starten, die auch  
30 andere Hilfsorganisationen mit einschließen wird. Zusammen mit den  
31 Kommunen werden wir einen Einstieg in die Gewährung einer  
32 Ehrenrente für jahrelanges Engagement in den Einsatzkräften der  
33 Freiwilligen Feuerwehr finden.

34

## 1 **Gemeinsam gegen Rechts**

2

3 Wir ächten jede Form von Extremismus, Rassismus und  
4 Antisemitismus. Und wir dulden nicht, dass unsere Städte und  
5 Gemeinden zum Aufmarschgebiet neonazistischer Demonstrationen  
6 werden. Wegen der anhaltenden Bedrohung durch den  
7 Rechtsextremismus werden wir für unser Land ein Handlungskonzept  
8 für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus erarbeiten.  
9 Dies soll im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Initiativen geschehen, die  
10 sich für Demokratie und Toleranz einsetzen. Von besonderer  
11 Bedeutung ist für uns die Stärkung der politischen Bildungsarbeit, die  
12 zur Aufarbeitung und Weiterentwicklung der Erinnerungskultur  
13 unbedingt dazu gehört.

14

15 Wir werden die direkte Demokratie in unserem Land stärken. Wir wollen  
16 es den Initiativen – wie in vielen anderen Bundesländern üblich –  
17 ermöglichen, die benötigten Unterschriften für ein Volksbegehren frei zu  
18 sammeln. Die dafür gesetzte Frist von acht Wochen nach Anmeldung  
19 des Begehrens werden wir auf zwölf Wochen ausweiten.

20

21 Wir werden die politische Initiative ergreifen, das Wahlalter auch bei  
22 Landtagswahlen auf 16 Jahre abzusenken.

23

## 24 **Den öffentlichen Dienst zukunftsfest machen**

25

26 In den kommenden Jahren steht der öffentliche Dienst in unserem Land  
27 aufgrund seiner demografischen Struktur vor einem großen personellen  
28 Umbruch. Die Politik muss die Attraktivität des öffentlichen Dienstes  
29 stärken und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wieder neue  
30 Perspektiven eröffnen. Der Öffentliche Dienst soll der demokratischen  
31 Gesellschaft dienen und mit fachlicher Kompetenz, Motivation und  
32 Leistungsfähigkeit seine Aufgaben zur Zufriedenheit aller  
33 gesellschaftlichen Gruppen erfüllen können. Bausteine hierfür sind die  
34 Modernisierung der Verwaltung und ein neues Dienstrecht. Die

1 Personalentwicklung muss selbstverständlich ein integrierter  
2 Bestandteil einer modernen Verwaltung sein.

3

4 In der Vergangenheit hat der öffentliche Dienst einen großen Beitrag  
5 zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geleistet. Die  
6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben zahlreiche Veränderungen ihrer  
7 Arbeitsbedingungen erlebt und materielle Einbußen hinnehmen  
8 müssen. Trotz steigender Steuereinnahmen hat die schwarz-gelbe  
9 Landesregierung den öffentlichen Dienst weiter belastet: Neue  
10 Sonderopfer und der Abbau von Mitbestimmungsrechten haben zu  
11 großer Unzufriedenheit, stärkerer Arbeitsverdichtung, gesunkener  
12 Motivation und Vertrauensverlust beigetragen. Mit uns wird es keine  
13 Kündigungen im öffentlichen Dienst geben.

14

### 15 **Mitbestimmung stärken**

16

17 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit der Änderung des  
18 Landespersonalvertretungsgesetzes bis dahin bestehende  
19 Mitbestimmungsrechte deutlich eingeschränkt sowie viele  
20 Mitbestimmungstatbestände durch Anhörungsrechte ersetzt.

21 Das werden wir rückgängig machen.

22 Im Dialog mit Personalräten und Gewerkschaften werden wir eine  
23 Dienstrechtsreform nach dem Grundsatz "Kooperation statt  
24 Konfrontation" auf den Weg bringen. Zentrale Punkte sind für uns dabei  
25 die Vereinfachung des Laufbahnrechts und eine Reduzierung der  
26 Fachlaufbahnen. Der Wechsel des Dienstherrn und der Wechsel  
27 zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und internationalen  
28 Organisationen muss erleichtert werden. Bei der Bezahlung soll das  
29 Leistungsprinzip neben das Alimentationsprinzip treten. Der Leistungs-  
30 und Erfahrungsaufstieg soll das Senioritätsprinzip ablösen.

31

1 Wir werden das LPVG novellieren, um zu gewährleisten, dass  
2 Personalrat und Dienststellenleitungen sich künftig weder auf  
3 Augenhöhe begegnen können.

4

5 Wir streben eine Ergänzung der Landesverfassung an, mit der die  
6 Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auf eine verfassungsrechtlich  
7 sichere Grundlage gestellt wird.

8

### 9 **In Sicherheit und Freiheit leben**

10

11 Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.  
12 Wir wollen bestmögliche Sicherheit für alle garantieren und die  
13 Ausübung individueller Freiheitsrechte für jedermann gewährleisten.  
14 Unsere Bürger wünschen sich Freiheit *und* Sicherheit. Der  
15 demokratische Staat des Grundgesetzes bürgt für die Menschen- und  
16 Bürgerrechte und setzt sich für die Sicherheit seiner Bürger ein, damit  
17 diese Freiheit, Demokratie und Wohlstand genießen können. Das bleibt  
18 die Richtschnur sozialdemokratischer Politik für die innere Sicherheit in  
19 Nordrhein-Westfalen.

20

21 Die von der SPD-Landtagsfraktion im letzten Jahr vorgelegte  
22 gesetzliche Novelle zum Polizei- und Verfassungsschutzgesetz folgt  
23 diesem Ziel. Wo den Sicherheitsbehörden neue oder erweiterte  
24 Befugnisse zur Bekämpfung des transnationalen Terrorismus oder  
25 anderer schwerster Verbrechen zugestanden werden, sind diese vom  
26 Bundesverfassungsgerichts genau beschrieben und einer effektiveren  
27 richterlichen oder parlamentarischen Kontrolle unterworfen. Daran wird  
28 sich unsere Sicherheitspolitik zuverlässig orientieren, damit Freiheit und  
29 Sicherheit in einen zeitgemäßen Ausgleich gebracht werden.

30

31 Die gute Tradition sozialdemokratischer Innenpolitik reicht von Herbert  
32 Schnoor bis Fritz Behrens. Die schwarz-gelben Landesregierung hat  
33 mit ihr gebrochen. Weder die Freiheitsrechte noch das  
34 Sicherheitsbedürfnis der Bürger sind in den letzten Jahren in guten

1 Händen gewesen. Lautstarke Parolen gingen Hand in Hand mit  
2 konkreter Untätigkeit.

3

4 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat fünf Jahre lang ihre  
5 Inkompetenz und Ignoranz in der nordrhein-westfälischen Innenpolitik  
6 unter Beweis gestellt. Mit der Novelle des Verfassungsschutzgesetzes  
7 ist sie vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gescheitert, weil  
8 sie die Bürger- und Freiheitsrechte in Gefahr gebracht hat. Statt das  
9 Verbrechen zu bekämpfen, bekämpft sie die Polizei und vor allem: Es  
10 gibt in NRW nicht mehr, sondern weniger Polizei als unter der letzten  
11 rot-grünen Landesregierung. Wir stehen für eine Innenpolitik, die die  
12 Sicherheit und die Freiheit der Bürger schützt. Wir werden der Polizei  
13 neue Perspektiven bieten, indem wir den Personalabbau stoppen, ein  
14 Konzept zur Alterstrukturentwicklung erarbeiten und ein modernes  
15 Gesundheitsmanagement einführen. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen  
16 leistet hervorragende Arbeit. Ihre Arbeit verdient Respekt und  
17 Anerkennung. Die Polizistinnen und Polizisten dürfen nicht zu  
18 Lückenbüßern und Prügelknaben für das Versagen gesellschaftlicher  
19 Institutionen werden. Gewalt gegen Polizeibeamte verfolgen mit allen  
20 rechtsstaatlichen Mitteln.

21

22 Somit vernachlässigte Schwarz-gelb beides: Die Kontrolle staatlicher  
23 Macht, die die Einhaltung und Ausgestaltung der Freiheitsrechte erst  
24 garantiert und die aus unserer Verfassung abzuleitende Schutzpflicht  
25 des demokratischen Staates gegenüber hochwertigen Rechtsgütern.

26

27 Die neue sozialdemokratische Landesregierung wird die bewährte  
28 sozialdemokratische Innenpolitik fortsetzen. Wir folgen der Einsicht:  
29 „Die Behauptung, dass, wer Sicherheit wünscht, die Freiheit aufgeben  
30 muss, ist eine der Hauptstützen der Revolte gegen die Freiheit  
31 geworden. Aber die Behauptung ist falsch.“ (K. R. Popper) Die Leitlinie  
32 unserer Politik lautete Freiheit *und* Sicherheit.

33

34 Innere Sicherheit gehört für uns unverzichtbar zur sozialen Sicherheit.

35 Die Menschen haben ein Recht auf und die Pflicht zur Gewaltfreiheit.

1 Sinkende Fallzahlen in der Kriminalstatistik nutzen nichts, wenn das  
2 subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu objektiven Änderungen  
3 im Verhalten führt. Wir finden uns nicht damit ab, dass in Nordrhein-  
4 Westfalen Angsträume entstanden sind.

5

6 Wir setzen auf den Dreiklang von Prävention, der konsequenten  
7 Verfolgung von Straftaten und den Opferschutz. Gerade in der  
8 Mediengesellschaft fokussieren wir zu stark auf die Täter und verlieren  
9 die Opfer von Straftaten leicht aus den Augen.

10

11 Wir werden ein zukunftsorientiertes Sicherheitskonzept entwickeln, in  
12 dem keine rechtsfreien Räume geduldet werden, mit dem neue  
13 Kriminalitätsfelder besser ausgeleuchtet und die Kriminalität wirksamer  
14 bekämpft werden kann.

15

16 Wir wissen: Gute Polizeiarbeit bedeutet Bürgernähe und Präsenz auf  
17 der Straße. Für uns gibt es in der Innenpolitik kein „Privat vor Staat“.  
18 Deswegen lehnen wir eine Wachpolizei ab, die den Weg in die  
19 Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistungen ebnet. Sicherheit darf  
20 kein käufliches Gut werden. Genau so wenig wird es mit uns einen Weg  
21 in den Überwachungsstaat geben, wie ihn die CDU gehen will. Die  
22 totale Erfassung und Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern  
23 schafft nicht mehr Sicherheit sondern sorgt für mehr Unsicherheit und  
24 Misstrauen gegenüber dem demokratischen Staat. Den Einsatz der  
25 Bundeswehr im Innern zu polizeilichen Zwecken lehnen wir entschieden  
26 ab. Dagegen werden wir das Vertrauen in eine demokratische und  
27 freiheitliche Politik der inneren Sicherheit wieder stärken.

28

29 Eine von der SPD geführte Landesregierung wird die Justiz wieder  
30 angemessen personell ausstatten, damit niemand durch überlange  
31 Verfahrensdauern abgeschreckt wird, seine Rechte zu verteidigen.  
32 Gerade im Bereich des Jugendstrafrechts gilt es, die Verfahrensdauern  
33 massiv zu verkürzen. Hier steht der erzieherische Aspekt im  
34 Vordergrund. Dies kann nur dann funktionieren, wenn der Tat nach  
35 angemessener Zeit die Sanktion folgt. Wir brauchen eine neue Qualität

1 der Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Strafverfolgung. Deshalb  
2 wollen wir ein „Haus des Jugendrechts“ schaffen. Dies ist entscheidend,  
3 um vorbeugend in die gezielte erzieherische Förderung und Begleitung  
4 von Jugendlichen zu investieren, bei denen nur eine relativ kleine  
5 Gruppe von Intensivtätern das Gros der Straftaten verursacht.

6

7 Zur Entlastung der Gerichte werden wir außerdem die außergerichtliche  
8 Streitschlichtung stärken.

9

10 Wir stehen für eine strikte Trennung der Aufgaben von Polizei und  
11 Geheimdiensten und eine wirksamere, parlamentarische Kontrolle.

12

13 Das ansatzlose Scannen von Kfz-Kennzeichen und andere  
14 automatisierte Identifizierungsverfahren, z.B. flächendeckende  
15 Videoüberwachung lehnen wir ab.

16

17 Innere Sicherheit aber ist mehr als Polizei und Justiz. Wir müssen  
18 wieder eine Wir-Gesellschaft werden, in der hingesehen wird, in der  
19 man füreinander einsteht. Statt viel Geld in die wirtschaftliche  
20 Jugendhilfe zu investieren, wenn Jugendliche straffällig werden,  
21 müssen wir durch gute Bildung und Ausbildung dafür sorgen, dass  
22 Kinder und Jugendliche den richtigen Weg einschlagen. Deshalb  
23 werden wir auch den Landesjugendplan wieder um 20 Millionen Euro  
24 aufstocken, um damit die offene Jugendarbeit zu stärken und weiter zu  
25 entwickeln.

26

## 27 **NRW im Bund, in Europa und der Einen Welt**

28

29 NRW liegt im Herzen Europas und Europa liegt der SPD besonders am  
30 Herzen. Seit 1951 haben Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
31 aus unserem Land den europäischen Einigungsprozess entscheidend  
32 vorgebracht – von der Montanunion bis zur EU 27, von der  
33 Mitbestimmung, dem Ausschuss der Regionen bis zur Kulturhauptstadt  
34 Ruhr2010. Namen wie Heinrich Imig, Katharina Focke oder Johannes

1 Rau stehen für diese Tradition. Die SPD bleibt an der Spitze derer, die  
2 grenzüberschreitend und nachbarschaftlich die Politik gestalten und  
3 nach dem Prinzip „miteinander arbeiten und voneinander lernen“  
4 dauerhaften Frieden und eine solidarische Gesellschaft durchsetzen.

5

6 Mit dem Lissabon-Vertrag von 2009 wurden die Demokratie und  
7 speziell die Beteiligungsrechte der Länder an den Entscheidungen der  
8 Europäischen Union gestärkt. Wir wollen auf Grundlage der  
9 Subsidiarität die Interessen Nordrhein-Westfalens in Europa vertreten  
10 und unser gemeinsames Europa sozial gestalten. Wir tun dies in dem  
11 Bewusstsein, dass die europäische Einigung in unserem Interesse liegt.

12

13 NRW ist mit 18 Millionen Einwohnern größte Region Europas. Unser  
14 Land ist erfahren in den Herausforderungen des Strukturwandels und  
15 der Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Diese Erfahrungen bringen  
16 wir in den europäischen Gestaltungsprozess ein.

17

18 Die Europäische Regional- und Strukturpolitik für die Zeit nach 2014  
19 wird in den nächsten Jahren vorbereitet und bis 2013 auch beschlossen  
20 werden. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird ihre  
21 Verantwortung wahrnehmen und mit eigenen Vorschlägen auf Basis  
22 nordrhein-westfälischer Interessen in den Diskussions- und  
23 Entscheidungsprozess eingreifen.

24

25 Die von der jetzigen Landesregierung nach der Öffnung der früheren  
26 Förderkulisse eingeführte Wettbewerbsstruktur hat sich als uneffizient  
27 und unstrukturiert erwiesen.

28

29 Die Förderung nach dem Europäischen Fonds für regionale  
30 Entwicklung (EFRE) muss für die kommende Periode zwei  
31 Zielvorgaben wieder stärker beachten: Einerseits muss der Ausgleich  
32 regionaler Disparitäten und Strukturwandelprozesse wieder stärker in  
33 den Fokus genommen werden. Andererseits muss das nachhaltige  
34 Schaffen von Arbeitsplätzen in zukünftigen Leitmärkten wieder einen

1 größeren Raum einnehmen. Daher bietet es sich an, die NRW zur  
2 Verfügung gestellten Mittel paritätisch auf zwei Leitprogramme zu  
3 übertragen. Dieser Übertragung müssen mehrere Kriterien zugrunde  
4 gelegt werden. Indikatoren wie Armut oder Arbeitslosigkeit sollen zur  
5 Beurteilung herangezogen werden.

6

7 Europa und NRW können viel voneinander lernen. Wir kämpfen für ein  
8 hochwertiges Beschäftigungsniveau, ein großes Maß an sozialem  
9 Schutz - gegen soziale Ausgrenzung. Die Schaffung eines sozialen  
10 Europas, in dem die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen  
11 verbessert werden, ist unser Ziel. Dabei bleibt die Vielfalt der Kulturen,  
12 Traditionen und Strukturen in den europäischen Mitgliedstaaten  
13 erhalten. Dies muss nicht zuletzt auch für politische und wirtschaftliche  
14 Besonderheiten der Mitgliedsstaaten gelten, etwa im Bereich der  
15 öffentlichen rechtlichen Sparkassen in Deutschland.

16

#### 17 *Eine-Welt-Politik gestalten*

18 Unser Land NRW kann auf eine lange Tradition des  
19 entwicklungspolitischen Engagements verweisen. Wir werden die  
20 historischen Leistungen des Landes für die Eine Welt fortführen und  
21 vertiefen. Globale Solidarität und der Kampf gegen die Armut haben für  
22 uns hohe Priorität, insbesondere angesichts der weltweiten Wirtschafts-  
23 und Finanzkrise.

24

25 Globale Verantwortung und nachhaltige Entwicklung sind nach unserer  
26 Auffassung eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts des Landes  
27 NRW. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen im Sinne der  
28 Nachhaltigkeit auch an entwicklungspolitischen Vorstellungen  
29 gemessen werden.

30

31 Die bisherigen Erfahrungen der entwicklungspolitischen Bildung und  
32 des Globalen Lernens sind in die Bildung für nachhaltige Entwicklung  
33 zu wenig integriert. Dies muss fester Bestandteil aller  
34 Bildungseinrichtungen werden.

1

2 Auch unser Handeln in NRW – als einem der wichtigsten  
3 Wirtschaftszentren in Europa – bestimmt mit, wie sich die Welt künftig  
4 entwickeln wird. Wir wollen deshalb das zivilgesellschaftliche  
5 Engagement in NRW wieder mehr unterstützen. Mit Kommunen, Eine-  
6 Welt-Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften und Wirtschaft wollen wir in  
7 einen Dialog eintreten, um ein neues Konzept „Nachhaltiges NRW“ zu  
8 erarbeiten und die Umsetzung zu ermöglichen. Die Menschen mit  
9 Migrationshintergrund in NRW sind uns dabei ein wichtiger  
10 Dialogpartner.

11

12 Den fairen Handel gilt es zu stärken. Jeder kann dazu beitragen. Mit  
13 dem Kauf von fair gehandelten Produkten wie Kaffee, Obst oder auch  
14 Textilien gibt man den Menschen im Süden eine wirkliche Chance, ihr  
15 Leben selbstbestimmt zu führen und Unabhängigkeit zu erlangen. Hilfe  
16 zur Selbsthilfe muss daher das Ziel unserer Politik sein. Darüber hinaus  
17 setzen wir uns generell für faire Handelsbeziehungen vor allem mit den  
18 ärmeren Entwicklungsländern ein.

19

20 Wir sind stolz darauf, dass Bonn Standort wichtiger UN-Organisationen  
21 geworden ist. Wir werden uns für Bonn als Deutsches Nord-Süd-  
22 Zentrum einsetzen.

23

#### 24 *In NRW den Wechsel wählen*

25 Mit einem Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen setzen wir ein  
26 Zeichen in der Bundesrepublik. Die schwarz-gelbe Bundesregierung  
27 wird die – teils durch unsinnige Steuersenkungen selbst verschärft –  
28 finanzielle Situation als Argument nutzen, soziale Leistungen des  
29 Staates massiv zu kürzen. Nordrhein-Westfalen bildet die mit weitem  
30 Abstand meisten Studierenden aus. Die Abschaffung der  
31 Studiengebühren wird ein Signal für alle anderen Bundesländer sein.  
32 Von Nordrhein-Westfalen wird das Signal ausgehen, dass die  
33 Menschen in unserem Land eine Gesellschaft des sozialen  
34 Miteinanders wollen.

1 **Aufruf**

2 **Leistungsfähiger Staat, Politik für die Menschen**

3

4 Für die Menschen unseres Landes, aber auch der gesamten  
5 Bundesrepublik steht viel auf dem Spiel bei der Landtagswahl im Mai.

6 Zur Entscheidung steht eine für alle Bereiche der Politik folgenschwere  
7 Alternative: Wird der Staat, wie schwarz- gelb es will, zunehmend  
8 geschwächt durch Kaputtreden und finanzielle Ausblutung oder wird er  
9 durch Modernisierung und gesunde Finanzen gestärkt, um seine  
10 unverzichtbaren Gestaltungsaufgaben für die Zukunft erfüllen zu  
11 können.

12

13 Nur ein starkes Ergebnis der SPD in NRW wird für unser Land und für  
14 die Bundesrepublik eine zukunftsorientierte Weichenstellung sichern.

15

16 Nur eine sozialdemokratische Landesregierung in NRW wird bei uns die  
17 Erfüllung der großen politischen Reformaufgaben, der Schaffung guter  
18 Arbeit für alle, der ökologischen Industrialisierung, eines  
19 chancengleichen Bildungssystems, der Stärkung der Kommunen und  
20 der Sicherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates  
21 gewährleisten.

22

23 Nur eine sozialdemokratische Landesregierung kann dafür sorgen,  
24 dass sich die im Bund gesetzten Rahmenbedingungen nicht zu einer  
25 Fortsetzung der neo-liberalen Politik der Staatsschwächung, des  
26 Sozialabbaus und des Marktradikalismus ermutigt fühlen. Wir werden  
27 dem im Bundesrat einen Riegel vorschieben.

28

29 Diese große Entscheidung liegt am Mai in den Händen der  
30 Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

31

32 Für einen leistungsfähigen Staat, für eine Politik für die Menschen  
33 Wir bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

34